

Die Metallmobilisierung im „Dritten Reich“: Lehren aus dem Ersten Weltkrieg und der Primat der Politik

Einleitung

Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs erstellte der britische Geheimdienst eine Studie, die zum Schluss kam, dass Deutschland im Falle einer Blockade höchstens 15 bis 18 Monate einen Krieg führen könnte.¹ Dieser Befund bestärkte die britische Regierung, dem NS-Regime gegenüber eine harte Haltung einzunehmen, da man sich nicht vorstellen konnte, dass Hitler unter diesen Umständen einen europäischen Krieg riskieren würde. Von zentraler Bedeutung für die britische Prognose war die erwartete schlechte Versorgungslage Deutschlands mit Nichteisenmetallen, darunter Kupfer und Zinn. Bei diesen beiden Rohstoffen, die anders als etwa Kautschuk oder Mineralöl nicht auf synthetische Weise hergestellt werden konnten, war das Reich nämlich weitgehend auf überseeische Importe angewiesen und verfügte, nach den realitätsnahen Erkenntnissen des britischen Geheimdienstes, nur über verhältnismäßig geringe Vorräte, die gerade einmal den Bedarf für 7 Monate (Kupfer) bzw. 14 Monaten (Zinn) decken konnten.² Beide Nichteisenmetalle waren, wie auch der NS-Führung klar war, für die Kriegsführung unverzichtbar.³ Zinn war besonders wichtig für Zünder, KFZ-Teile und Konserven (und damit die Wehrmachtsverpflegung) und Kupfer essentiell für die Herstellung zahlreicher Rüstungsgüter, etwa für Führungsringe bei Geschossen.⁴

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage war das NS-Regime in der Lage, fünfzehn Jahre Krieg zu führen. Weder 1942 noch 1943 trat der von den Alliierten erwartete Zusammenbruch der deutschen Rüstungsproduktion wegen eines Metallmangels ein – ausländische Zeitgenossen sprachen daher auch von einem „deutschen Metallwunder“.⁵ Die deutschen Kupfer- und Zinnvorräte waren Ende 1944 sogar deutlich höher als zu Kriegsbeginn. Hierbei spielte der Zugriff auf Metallbestände und Erzvorkommen in den besetzten Gebieten sowie

¹ Vgl. William N. Medlicott, *The Economic Blockade*, Bd. I, London 1952, S. 25-32.

² Für die tatsächlichen Vorräte, vgl. Bundesarchiv (künftig BArch) R 3/1797, Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion.

³ Vgl. etwa Wilhelm Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 3. Jg. (1955), S. 184-210; *International Military Tribunal*, Bd. 25, Nürnberg 1949, 386-PS, Hossbach-Protokoll vom 10. November 1937, S. 404.

⁴ Franz Ludwig Neher, *Kupfer, Zinn, Aluminium*, Leipzig 1940, S. 332f; Georg Berg/Ferdinand Friedensburg, *Die metallischen Rohstoffe, ihre Lagerungsverhältnisse und ihre wirtschaftliche Bedeutung*, Bd. IV, Kupfer, Stuttgart 1941, S. 58; Helmut Maier, *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900 bis 1945/48*, Göttingen 2007, 693f.

⁵ Maier, *Forschung*, S. 691.

umfangreichen Substitutions- und Einsparungsmaßnahmen für die Versorgung der deutschen Kriegswirtschaft eine wichtige Rolle. Darüber hinaus machte sich das NS-Regime den Umstand zunutze, dass Metalle – anders als etwa Mineralöl – im Prinzip unvergänglich sind, und sich somit aus im deutschen Herrschaftsgebiet vorhandenen Metallgegenständen wiedergewinnen ließen.⁶ Dieses Recycling umfasste nicht nur, wie schon vor dem Krieg, Abfall und Schrott. Vielmehr wurden auch Metallprodukte, die noch in Benutzung waren, im Rahmen der sogenannte „Metallmobilisierung“ erfasst und eingeschmolzen.⁷ Insbesondere das dadurch in Deutschland gewonnene Kupfer und Zinn war von erheblicher Bedeutung für die deutsche Versorgung: zwischen 1940 und August 1944 wurden allein durch die Metallmobilisierung knapp 17% des Kupfer- und 24% des Zinnverbrauchs gedeckt, wobei diese Durchschnittswerte in einzelnen Jahren, wie in Tabelle 1 zu sehen, bei weitem überschritten wurden.⁸ Und hätte der Krieg länger gedauert, so hätten laut den Planungen des Reichswirtschaftsministeriums (RWM) noch weitere beträchtliche Mengen mobilisiert werden können.

Tabelle 1: Die Bedeutung der Mobilisierung für die deutsche Metallversorgung

	Tatsächliche Mobilisierung						Geplante Mobilisierung	
	1940	1941	1942	1943	1944	1940-44	1945	1946
Kupfer (in to)	20.400	22.800	66.000	66.000	34.800	210.000	40.000-81.520	24.000-70.500
in Prozent des Kupferverbrauchs	7	6	28	30	24	17	20-41	12-35
Zinn (in to)	1.020	1.080	5.100	900	714	8.814	1.200-4.165	900-1.640
in Prozent des Zinnverbrauchs	12	10	89	14	13	24	21-73	16-29

Quellen: Für die mobilisierten Mengen (Metallinhalt) und Verbrauchsdaten vgl. BArch R 3/576; R 3/1797, Statistische Schnellberichte. Für geringfügig abweichende Mengen für 1940-43, vgl. BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944. Die Angaben für 1944 umfassen die nur die ersten 8 Monate. Die Ober- und Untergrenzen der geplanten Mobilisierungsmengen beruhen auf BArch R 3/1868, Bl. 38-42, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1943, Reichswirtschaftsministerium – Metallreferat, Juli 1943. Die Untergrenzen ergeben sich aus den Maßnahmen, bei denen die Mobilisierung relativ unproblematisch galt, während bei den Obergrenzen auch solche Maßnahmen aufgeführt wurden, die mit hohen Kosten verknüpft waren. Bei der Berechnung der Quoten für 1945 und 1946 wurde schließlich unterstellt, dass der monatliche Verbrauch dem des Jahres 1944 entsprechen würde. Die Mitte 1943 prognostizierten Mengen für 1945 und 1946 dürften auch noch aus der Perspektive des

⁶ Burton H. Klein, *Germany's Economic Preparations for War*, Cambridge, MA 1959, S. 113, 121. Dieser Umstand hatte bereits vor dem Krieg zu einer Forcierung der Altmetallsammlung geführt.

⁷ Zur zeitgenössischen Definition, vgl. Chad B. Denton, *Metal to Munitions: Requisition and Resentment in Wartime France*, Diss., University of California Berkeley, 2009, S. 200.

⁸ Daneben wurden noch weitere Metalle, wie Nickel, Blei oder Antimon, mobilisiert, wobei die erfassten Mengen allerdings von wesentlich geringer Bedeutung für die Versorgung waren als dies bei Kupfer und Zinn der Fall war. Vgl. etwa BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944; Bl. 265, 23. Wochenbericht des Planungsamtes, 20.6.1944.

Spätjahres 1944 als realisierbar erachtet worden sein, da die kumulierten Ist-Werte der Jahre 1943 und 1944 die Sollzahlen nicht ganz erreichten. Vgl. zu den Sollzahlen, BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944.

Trotz ihrer großen Bedeutung für die deutsche Versorgung mit diesen beiden kriegswichtigen Rohstoffen ist über die Metallmobilisierung im Reich, im Unterschied zu den vom NS-Regime in den besetzten westeuropäischen Gebieten durchgeführten Mobilisierungsmaßnahmen, nur wenig bekannt.⁹ Man weiß, dass eine Reihe von Gegenständen mobilisiert worden sind, wobei oftmals, etwa bei der Abnahme von Kirchenglocken, Zwang in Form einer Beschlagnahmung angewendet wurde.¹⁰ Auch ist klar, dass die meisten Maßnahmen in etwa denen entsprachen, die im Ersten Weltkrieg durchgeführt worden waren.¹¹ Unklar bleibt allerdings, welche Prämissen bei der Konzipierung und Durchführung der Metallmobilisierung handlungsleitend waren. Waren etwa lediglich ökonomische Gesichtspunkte maßgeblich oder nahm das NS-Regime, ebenso wie bei manchen anderen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung?¹² Hatte man bei der Durchführung der Metallmobilisierung aus vermeintlichen Fehlern im Ersten Weltkrieg gelernt? Wenn auch außer Frage steht, dass die Nationalsozialisten in ihrem Denken von den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs stark beeinflusst waren, so ist doch, wie Kim Priemel kürzlich zu Recht bemerkte, oftmals lückenhaft und unscharf geblieben, ob sie bei konkreten Maßnahmen im wirtschaftlichen Gebiet daraus die Lehren gezogen haben.¹³

Auch drängt sich die Frage auf, ob sich die oft behauptete, in jüngster Zeit zunehmend in Frage gestellte generelle Zäsur in der deutschen Kriegswirtschaft Anfang 1942, die sowohl von Anhängern der Blitzkriegswirtschaftshypothese als auch denen der Ineffizienzhypothese hervorgehoben wird, auch bei der Metallmobilisierung nachweisen lässt.¹⁴ Nach der

⁹ Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, Bd. 2: 1941-1943, Berlin 1985, S. 370; Denton, *Metal*; Kirrily Freeman, *Bronzes to Bullets: Vichy and the Destruction of French Public Statuary, 1941-1944*, Stanford, 2009.

¹⁰ Kirrily Freeman, "The bells, too, are fighting": The fate of European Church Bells in the Second World War, in: *Canadian Journal of History*, 2008, S. 417-450.

¹¹ Denton, *Metal*, S. 175f.

¹² Im Fall von möglichen Kürzungen von Lebensmittelrationen, vgl. Christoph Buchheim, *Der Mythos vom „Wohlleben“*. Der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3, 2010, S. 299-328, hier S. 311.

¹³ Kim Priemel, *Lernversagen. Der Erste Weltkrieg und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik*, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010, S. 299-322, hier S. 300.

¹⁴ Zur Kritik an dieser konventionellen Periodisierung aus der Perspektive der Rüstungswirtschaft, vgl. Jonas Scherner/Jochen Streb, *The Mirage of the German Armament Miracle in World War II*, in: Jari Eloranta/Eric Golson/Andrei Markevich/Nikolaus Wolf (Hrsg.), *An Economic History of Warfare and State Formation*, Springer 2016, S. 243-258.

Blitzkriegswirtschaftshypothese hatte das NS-Regime Ende der 1930er Jahre und zu Beginn des Kriegs die deutsche Wirtschaft und Rüstung nur unzureichend auf einen längeren militärischen Konflikt ausgerichtet, angeblich weil man glaubte, die militärischen Ziele auch durch kurze massive militärische Schläge erreichen zu können. Hitler habe dadurch vermeiden wollen, die deutsche Bevölkerung durch eine zu starke Einschränkung des Konsums gegen sich aufzubringen.¹⁵ Erst nachdem es Deutschland nicht gelungen sei, die Sowjetunion im Jahr 1941 zu besiegen und zugleich die USA zum Gegner geworden waren, sei die deutsche Wirtschaft auf einen Abnutzungskrieg eingestellt worden. Die Anhänger der Ineffizienzhypothese, des zweiten Erklärungsmusters, glauben nicht, dass man in der ersten Kriegshälfte bewusst untermobilisieren wollte; vielmehr sei es zu einem Chaos in der deutschen Kriegswirtschaftsverwaltung nach dem Angriff auf Polen gekommen, da man ursprünglich einen größeren europäischen Krieg erst zu einem späteren Zeitpunkt erwartet hatte. Außerdem sei die deutsche Kriegswirtschaft in diesen Jahren infolge polykratischer Strukturen durch massive Ineffizienzen gekennzeichnet gewesen.¹⁶ All das habe sich geändert, nachdem Albert Speer im Februar 1942 zum Rüstungsminister ernannt worden war, und im Folgenden unter anderem die deutsche Kriegswirtschaftsverwaltung reformiert und rationalisiert hatte.¹⁷ Angesichts dieser beiden Hypothesen soll daher neben den oben aufgeworfenen Fragen im Folgenden überprüft werden, ob sich diese Zäsur auch für die Metallmobilisierung beobachten lässt. Kam es zu einer radikaleren Mobilisierung in der zweiten Kriegshälfte, und lässt sich wie in anderen Bereichen der Kriegswirtschaft eine größere Effizienz beobachten? Wurde die Bevölkerung in den ersten Kriegsjahren mehr geschont als nach 1941? Oder lässt sich, wie die jüngere Literatur in einigen anderen Feldern der deutschen Kriegswirtschaft, etwa bei der Ausbeutung besetzter Gebiete, der Entwicklung der Rüstungsproduktion oder der Investitionstätigkeit, gezeigt hat, auch bei der Metallmobilisierung eher eine Kontinuität feststellen?¹⁸

¹⁵ Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945*, Stuttgart 1966, S. 60f. Vgl. zu Tiefenrüstung und Breitenrüstung auch Georg Thomas, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45)*, Boppard am Rhein 1966.

¹⁶ Rolf-Dieter Müller, *Die Mobilisierung der Deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung*, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5/1, Stuttgart 1988, S. 349-692, hier S. 347-689.

¹⁷ Richard J. Overy, *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 356-63.

¹⁸ Zur Kritik am „Rüstungswunder“, vgl. Scherner/Streb, *The Mirage*; Jonas Scherner/Jochen Streb, *Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 93 (2006), S. 172-196; J. Adam Tooze, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London 2006; Lutz Budraß/Jonas Scherner/Jochen Streb, *Fixed-price Contracts, Learning and Outsourcing: Explaining the Continuous Growth of Output and Labour Productivity in the German Aircraft Industry during World War II*, in: *Economic History Review*, 2010, 63, S. 107-136; zur Kontinuität bei der Investitionstätigkeit, vgl. Jonas Scherner, *Nazi Germany's Preparation for War: Evidence from Revised*

Die Angaben in Tabelle 1 zeigen, dass in der zweiten Kriegshälfte die Bedeutung der mobilisierten Metalle, sowohl was die absoluten Mengen als auch ihren Anteil an der Verbrauchsdeckung anbelangt, deutlich größer war als in den Jahren zuvor, was auf den ersten Blick die gängigen Periodisierungen zu bestätigen scheint. Offen bleibt jedoch, wann und von wem die entsprechenden Entscheidungen für die jeweiligen Maßnahmen getroffen worden sind, also ob sie überhaupt dem neuen Rüstungsminister zuzuordnen sind. Unklar ist auch, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt Erträge abwarfen – schonte man etwa private Haushalte stärker in der ersten Kriegshälfte, wie man in Anlehnung an die Blitzkriegswirtschaftshypothese vermuten könnte, und konzentrierte man sich auf andere Mobilisierungsquellen? Auch ist nicht a priori klar, ob eine Erhöhung des Mobilisierungsaufkommens notwendigerweise auch uneingeschränkt positiv für die deutsche Kriegswirtschaft war, sind doch derartige Maßnahmen mit Kosten verbunden, die nur dann zu rechtfertigen sind, wenn es keine günstigere Alternative gibt.

Im Folgenden wird, gestützt auf weitgehend noch ungenutzte Quellenbestände, die Genese der deutschen Metallmobilisierung und ihre Durchführung beschrieben, wobei auf die Metallmobilisierung in den besetzten Gebieten nur dann eingegangen wird, falls die dort durchgeführten Maßnahmen von Bedeutung für die Metallmobilisierung im Reich waren. Anschließend werden die oben aufgeworfenen Fragen vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse diskutiert.

Die Metallmobilisierung in der ersten Kriegshälfte

Kurz nach dem deutschen Angriff auf Polen errichtete Großbritannien eine Seeblockade, die Deutschland von der Zufuhr aus Übersee abriegeln sollte. Tatsächlich kam es rasch zu einem spürbaren Rückgang der deutschen Einfuhr.¹⁹ Da die deutschen Vorräte begrenzt waren, machte sich dies insbesondere bei Rohstoffen bemerkbar, bei welchen das Reich weitgehend auf überseeische Importe angewiesen war. Daher wurden schon bald nach der Invasion in Polen Kupfer und Zinn zu Engpassfaktoren, an denen sich die Verteilung der übrigen

Industrial Investment Series, in: *European Review of Economic History*, 14 (2010), S. 433-68; Jonas Scherner, *Armament in the Depth or Armament in the Breadth? German Investments Pattern and Rearmament during the Nazi Period*, in: *Economic History Review*, 66, 2 (2013), S. 497–517; zur Kontinuität bei der Ausbeutung besetzter Gebiete. vgl. Jonas Scherner, *Der deutsche Importboom während des Zweiten Weltkriegs. Neue Ergebnisse zur Struktur der Ausbeutung des besetzten Europas auf der Grundlage einer Neuschätzung der deutschen Handelsbilanz*, in: *Historische Zeitschrift*, 294 (2012), S. 79-113.

¹⁹ Vgl. z.B. Müller, *Mobilisierung*, S. 396.

Rohstoffe in der deutschen Kriegswirtschaft orientierte.²⁰ Deshalb kam es nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn zu Besprechungen zwischen der Rohstoffabteilung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) und der ihm unterstellten, für die Metallbewirtschaftung zuständigen Reichsstelle für Metalle (RStMe).²¹ Gegenstand war die Durchführung einer Metallmobilisierung im Reich und besetzten Polen. Die Idee, eine Metallmobilisierung im Kriegsfall durchzuführen, war allerdings keineswegs ad-hoc entwickelt worden. Vielmehr hatte die NS-Führung die sich in „der Wirtschaft befindlichen Metalle“ spätestens seit Mitte der 1930er Jahre in ihr Kalkül für die Metallversorgung im Kriegsfall miteinbezogen. So hatte bereits Hitler in seiner im August 1936 erstellten Denkschrift zum Vierjahresplan festgestellt: „Der Krieg ermöglicht die Mobilisierung auch der letzten Metallvorräte. Denn: Dies ist dann kein *Wirtschaftsproblem*, sondern ausschließlich eine *Willensfrage*. Und die nationalsozialistische Staatsführung würde den Willen und auch die Entschlusskraft und Härte besitzen, um diese Probleme im Kriegsfalle zu lösen. Viel wichtiger aber ist es, den Krieg im Frieden vorzubereiten.“²² Entsprechend Hitlers Forderung waren in den 1930er Jahren mit staatlicher Hilfe die entsprechenden Verarbeitungskapazitäten von Almetallen auch mit Blick auf eine zukünftigen Metallmobilisierung erweitert und in die entsprechende Forschung und Entwicklung von Recyclingtechnologien investiert worden.²³ Bereits vor der Verfassung von Hitlers Denkschrift war, wahrscheinlich auf Veranlassung Hermann Görings, der im Frühjahr 1936 zum Rohstoffkommissar ernannt worden war, ein Auftrag an die 1935 aus der Historischen Abteilung des Reichsarchivs entstandenen Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (seit 1937: Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres) ergangen, eine detaillierte Studie zur Metallbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg zu erstellen.²⁴ Diese Stelle stand in den folgenden Jahren im Kontakt u.a. mit dem RWM, das im Krieg bei der

²⁰ Denton, Metal, S. 199; BArch R 3101/11700, Bl. 1, Reichswirtschaftsminister an RStMe, 14.12.1939.

²¹ BArch RW 19/335, Bl. 74, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 24.-30.9.1939; Bl. 122, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 15.-21.10.1939.

²² Treue, Denkschrift S. 207, Kursivsetzung laut Original.

²³ BArch RW 19/334, Bl. 102, Wochenbericht, 20.-25.3.1939; Maier, Forschung, S. 428f; 612.

²⁴ BArch RH 61/870, Aktenstellen zur Metallbewirtschaftung, begonnen 13. Juli 1936; BArch RH 61/85, Die Metallbewirtschaftung, Organisation, Allgemeines, 9.8.1936. Für einen ersten Entwurf dieser Studie, vgl. BArch RH 61/85, Geschichte der Metall-Bewirtschaftung, Erste Ausarbeitung, 1.2.1937. Einige dieser Mängel waren bereits aus zeitgenössischen Publikationen bekannt. Vgl. etwa Otto Goebel, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburgprogramms, Stuttgart 1930, S. 51; Paul Irrgang, Deutschlands Kupferversorgung seit 1914, Diss. Marburg 1931, S. 55ff; Kurt Wiedenfeld, Die Organisation der Kriegsrohstoffbewirtschaftung im Weltkriege, Hamburg 1936, S. 26. Zur Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, vgl. Helmut Otto, Der Bestand Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres im Bundesarchiv-, Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (Bericht aus der Forschung), in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (51), 1992, S. 429-441; Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres, Bestand RH 61, bearbeitet von Sven Schulz, Freiburg 2008.

Metallmobilisierung federführend war.²⁵ Insofern kann man davon ausgehen, dass bereits vor Kriegsausbruch nicht nur die Metallmobilisierung eine Rolle im Kalkül der deutschen Versorgung im „Ernstfall“ spielte, sondern den Behörden aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs bereits fundierte Kenntnisse hinsichtlich des ungefähren Potentials einer Mobilisierung, der Schwierigkeiten bei ihrer praktischen Umsetzung sowie, was vielen Zeitgenossen ohnehin bekannt war, hinsichtlich der Akzeptanz bestimmter Maßnahmen in der Bevölkerung vorlagen, also Themen, die u.a. in der in Auftrag gegebene Studie der Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres behandelt wurden.

Nur zwei Tage nach der ersten Besprechung in der letzten Septemberwoche 1939 erstellte der Reichsbeauftragte für Metalle, SS-Oberführer Dipl. Ing. Paul Zimmermann, der seit 1937 die 1939 in Reichsstelle umbenannte Überwachungsstelle für Metalle leitete, eine leider nicht überlieferte Denkschrift über die Metallmobilisierung.²⁶ Am 10. November 1939 wurde Zimmermann vom Reichswirtschaftsminister beauftragt, Vorbereitungen für die Durchführung einer Metallmobilisierung zu treffen. Während erste Pläne lediglich die Mobilisierung von Zinn zunächst bei den Behörden und anschließend bei der Wirtschaft insbesondere in Form von zinnernen Bierleitungen vorgesehen hatten, wurde dann Anfang Januar beschlossen, dass generell Nichteisenmetallgegenstände des öffentlichen Sektors und, auf freiwilliger Basis, privater Haushalte und Unternehmen erfasst werden sollten.²⁷ Außerdem sollten die Kirchenglocken, für welche die Kirchen erst nach Kriegsende entschädigt werden sollten, abgenommen werden. Öffentlicher Sektor, Unternehmen und private Haushalte sollten nur solche metallhaltigen Gegenstände aus Kupfer, Zinn, Blei, Nickel, Messing und Bronze abliefern, für die keine Ersatzbeschaffungen notwendig waren und die als entbehrlich galten, etwa Türschilder, Trinkgefäße und Kerzenleuchter. Mit diesem Programm konnte, im Unterschied zu dem anfänglichen Plan, vermieden werden, dass Ressourcen für Ersatzproduktion und Demontage gebunden wurden. Zudem versprach der neue Plan deutlich höhere Metallmengen, die angesichts der auf Geheiß Hitlers Anfang Januar beschlossenen grundlegenden Änderung in der Kontingentierungspolitik notwendig geworden waren: War diese seit Kriegsbeginn von der Maxime geleitet, die vorhandenen

²⁵ Vgl. etwa BArch RH 61/881, Der Präsident der Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres an den Reichswirtschaftsminister, Hauptabteilung II, 24.11.1942; BArch RH 61/695, WiRüAmt, RWM, Aktenvermerk Hildebrand, 16.11.1942.

²⁶ Zu biographischen Angaben über Zimmermann, vgl. Denton, Metal, S. 199.

²⁷ Ebd., S. 201f; RGBl. I, 1940, Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen. Vom 15. März 1940; BArch R 2/21593, Reichswirtschaftsminister an RdF, 20.3.1940. Zu den ursprünglichen Plänen, vgl. BArch RW 19/335, Bl. 201, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 19.-25.11.1939; Bl. 230, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 4.-9.12.1939.

Vorräte in Kombination mit den aus deutschen Rohstoffquellen und Importen laufend erwarteten Metallmengen so zu strecken, dass eine Kriegsführung für wenigstens zwei Jahre ermöglicht werden konnte, wurde nun beschlossen, die vorhandenen Vorräte, wenn nötig, für eine massive Rüstungsbeschleunigung einzusetzen, um offensiv einen Sieg im Westen zu erzwingen.²⁸ Dies bedeutete aber, dass nach der Erschöpfung dieser Vorräte, was man bei Kupfer und Zinn für die zweite Jahreshälfte 1940 prognostizierte, die Zuteilungen massiv gekürzt werden müssten, es sei denn man könnte sich rasch zusätzliche Mengen beschaffen.²⁹ Insbesondere aus der Abnahme der Glocken erwartete man ein Aufkommen, das etwa sieben Monate des Kriegsbedarfs an Zinn, und damit des Metalls abdecken konnte, bei dem die Vorräte am schnellsten zu Neige gehen würden.³⁰

In der zweiten Märzhälfte wurde mit dem Einzug der Metallgegenstände aus Gebäuden der öffentlichen Hand, der Wehrmacht und der NSDAP sowie mit der Metallspende der Wirtschaft und der privaten Haushalte begonnen.³¹ Dazu wurden alleine im Reichsgebiet insgesamt 62.000 Sammelstellen bei den Gemeinden eingerichtet.³² Für den Beginn der Abnahme der Glocken stand im Frühjahr 1940 noch kein Termin fest. Verantwortlich für die Metallmobilisierung war die RstMe, der dafür eine neue Hauptabteilung angegliedert wurde.³³ Unter diesen zunächst durchgeführten Maßnahmen die wichtigste, was das Metallaufkommen anbelangte, war die Metallspende der privaten Haushalte. Aus propagandistischen Gründen wollte man sie als eine präventive Maßnahme ausgeben, die der Schaffung einer Metallreserve dienen sollte, und zugleich verschleiern, dass ohnehin im April, in welcher Form auch immer, eine Mobilisierung aufgrund Deutschlands prekärer Rohstoffversorgungslage hätte eingeleitet werden müssen.³⁴ Daher koppelte man sie an einen

²⁸ Müller, Mobilisierung, S. 410.

²⁹ Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 245.

³⁰ Zu dem erwarteten Zinnaufkommen bei der Glockenabnahme, vgl. BArch R 3101/32163, Bl. 1-14, Der Reichsbeauftragte für Metall an den Reichswirtschaftsminister, 19.1.1940. Demgegenüber erwartete man, dass etwa der Ausbaus von zinnernen Bierleitungen nur 1000 t erbringen würde, was wenig mehr als einen Monatsverbrauch abdecken konnte. Ebd.; BArch RW 19/335, Bl. 197, Wochenbericht der Rohstoffabteilung, 19.-5.11.1939.

³¹ BArch R 2/21593, Richtlinien über die Durchführung des Erlasses des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, an die Reichsminister vom 23. Februar 1940 über die Metallsammlung bei den Behörden, 6.3.1940; NSDAP, Reichsleitung an verschiedenen Parteistellen, 14.3.1940; Reichswirtschaftsminister an RdF, 20.3.1940; Vermerk, 3.4.1940; Vermerk, 28.5.1940.

³² Damit kam auf jede Gemeinde eine Sammelstelle. Vgl. zur Gemeindezahl, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1941/42, S. 21.

³³ Denton, Metal, S. 204.

³⁴ In diesem Sinn wurde die Metallspende dann auch nach ihrer Beendigung propagandistisch verwendet, etwa durch Hitler in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1940 (ebd., S. 217) oder durch Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium General von Hanneken in einem Vortrag vor den in Berlin tätigen

zufälligerweise in zeitlich unmittelbarer Nähe liegenden, scheinbar unverdächtigen Anlass, dem Geburtstag Hitlers im April 1940, und nannte sie „Metallspende des Deutschen Volkes zum Geburtstag des Führers“.³⁵ Vermutlich wollte man mit dieser Namenswahl auch von der zu diesem Zeitpunkt noch großen Popularität Hitlers profitieren.³⁶ Begleitet war die Metallspende, die per Radioansprache am 14. März verkündet wurde, von einem gewaltigen Propagandaaufwand.³⁷ Außerdem entschied man sich, auf Anregung Goebbels, jedem Spender eine auf seinen Namen lautende, von Göring unterzeichnete Spendenurkunde zukommen zu lassen.³⁸

Anders als ursprünglich geplant, konnte die Metallspende nicht vollständig bis zu Hitlers Geburtstag abgeschlossen werden, u.a. weil Handwerker fehlten, die z.B. Kronleuchter u. ä. abmontieren konnten.³⁹ Deswegen wurde die Sammlung in einigen Orten bis zum 31. Juli weitergeführt. Wohl auf Grund der negativen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg mit Beschlagnahmungen bei Haushalten legten die Behörden Wert darauf, die Freiwilligkeit der Spende zu betonen.⁴⁰ Zudem wurden mit der eigens geschaffenen Verordnung „Schiebereien“ mit drakonischen Strafen bis hin zur Todesstrafe belegt, um potentiellen Spendern zu signalisieren, dass ihre abgegebenen Gegenstände, anders als gelegentlich im Ersten Weltkrieg, auch wirklich der Kriegsführung zugute kamen.⁴¹

War aber diese Spende tatsächlich freiwillig? Zwar lassen sich mehrfache, durch Goebbels veranlasste parteiinterne Anweisungen an die lokale Parteiführung vor dem Beginn der Sammelaktion finden, in denen deutlich betont wurde, dass Druck und Zwangsmittel unter

Auslandskorrespondenten im Frühjahr 1941 (BArch R 3101/32023, Bl. 6, Deutschlands Rohstoffversorgung, General von Hanneken vor den in Berlin tätigen Auslandskorrespondenten, 8.4.1941).

³⁵ Denton, Metal, S. 202f. Die Metallspende wurde auch im Protektorat und in Polen durchgeführt. Ebd., S. 173f, 200.

³⁶ Vgl. zu Hitlers Popularität, Ian Kershaw, Hitler, Bd. II: 1936-1945, München 2002, S. 381.

³⁷ Denton, Metal, 204ff.

³⁸ BArch NS 18/1037, Vorlage für den Stabsleiter, Betrifft: Erfassung aller Metallreserven, 12.3.1940.

³⁹ BArch NS 18/642, Bl. 1, Aktenvermerk Bormann, 18.4.1940; Denton, Metal, S. 210.

⁴⁰ Zu diesen negativen Erfahrungen, vgl. etwa BArch R 3101/4093, Bl. 17f, Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918; Irrgang, Kupferversorgung, S. 55.

⁴¹ Denton, Metal, 212ff. Allerdings waren die durch Sondergerichte verhängten Strafen oftmals milder, indem Verstöße nach dem Strafgesetzbuch abgeurteilt wurden. BArch R 58/184, Bl. 108, Meldungen aus dem Reich, 14.5.1940. Das dürfte auch damit zu tun haben, dass der SD in seinen Berichten feststellte, dass die Bevölkerung zwar eine Bestrafung bei Missbrauch für angemessen hielt, nicht aber die Kapitalstrafe, die von der Verordnung vorgesehen wurde. Ebd. Generell zur Funktion der Meldungen aus dem Reich für korrigierende Eingriffe in die Rechtsprechung, falls diese dem „gesunden Volksempfinden“ widersprachen, vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 383.

allen Umständen vermieden werden sollten.⁴² Allerdings zeigt etwa der Fall der Spenden für das Winterhilfswerk (WHW), dass sich die lokale Parteiführung nicht immer an derartige interne Vorgaben hielt.⁴³ In der Tat berichtet auch im Fall der Metallspende die Exilorganisation der SPD, dass die Androhung von Gewalt eine Rolle gespielt habe.⁴⁴ Auch dass Juden im Reich gezwungen wurden Metallgegenstände zu „spenden“, steht außer Frage. Allerdings wurde anscheinend auch oftmals – vergleichbar zu den Spenden für das WHW⁴⁵ – aus freien Stücken gespendet. Dafür spricht etwa der große Umfang: das Aufkommen der Metallspende überstieg mit knapp 77.000 to die Prognose der RStMe um mehr als das Doppelte.⁴⁶ Doch nicht nur dieses, die Erwartungen weit übertreffende Aufkommen wurde seitens des NS-Regimes als ein Zeichen für Zustimmung gedeutet, sondern auch der Umstand, dass etwa manchmal künstlerisch wertvolle Gegenstände sowie Schmuck und Trauringe abgegeben wurden.⁴⁷ Manche Leute, die nicht im Besitz von Metallen waren, wollten sogar Barspenden zur Verfügung stellen.⁴⁸ Schließlich ist zu vermuten, dass das Prozedere der Abgabe der Metallspende dazu beigetragen hatte, dass man sich einem etwaigen Druck eher als im Fall des WHW entziehen konnte bzw. weniger einem solchen ausgesetzt war: Anders als beim WHW, bei der Sammler auch von Haustür zu Haustür zogen, sollten Metallspenden grundsätzlich persönlich bei den Gemeinden abgegeben werden.⁴⁹

Weitere Aufschlüsse zur Frage, inwieweit Zwang flächendeckend war oder nicht, erlaubt eine Analyse der im Bestand der Reichspropagandaleitung überlieferten Daten zur Metallspende, aufgeteilt nach Gauen. Deren Erfassung hatte Göring sich von den Gaupropagandaämtern nach einheitlichen Vorgaben zum Stichtag 17. April 1940 erbeten, um sie Hitler an dessen

⁴² BArch NS 18/1037, Der Reichspropagandaleiter an alle Gaupropagandaleiter, März 1940; BArch NS 6/331, Bl. 57f, NSDAP, Der Stellvertreter des Führers, 13.3.1940; Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, München, verschiedene Jahrgänge, 6.3.1940.

⁴³ Vgl. Herwart Vorländer, NS-Volkswohlfahrt und Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3, 1986, S. 341-380, hier S. 365f; Andreas Martin, Medieneinsatz und Propaganda zum Winterhilfswerk im Dritten Reich, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Spendenkampagnen. Vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Köln 2008, S. 161-232, hier S. 166, 192, 231f; Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SOPADE), 1934-1940, unv. Nachdr. Salzhausen 1980, Bd. 2 (1935), S. 183f, 1422ff; Bd. 3 (1936), S. 1070.

⁴⁴ Denton, Metal, S. 212.

⁴⁵ Martin, Medieneinsatz, S. 231f.

⁴⁶ Für das folgende Denton, Metal, S. 209-11. Zu den Erwartungen, vgl. ebd., Figure C.3, S. 449f.

⁴⁷ Vgl. auch BArch NS 18/642, Bl. 16, Gauleitung Thüringen an den Stab des Stellvertreters des Führers, 12.4.1940. In Einzelfällen waren Interventionen notwendig, um das Einschmelzen derartiger Spenden zu verhindern. Vgl. dazu, BArch NS 21/351, Der Museumspfleger für die Provinz Pommern an die Forschungsgemeinschaft „Das Ahnenerbe“, Schreiben vom 16.4.1940 und vom 26.4.1940.

⁴⁸ BArch NS 18/1037, Fernschreiben Gauleitung Koblenz-Trier an Stellvertreter des Führers, Stab München, 4.4.1940.

⁴⁹ NS 18/1037, Entwurf eines Aufruf Görings an die Hausfrauen, März 1940.

Geburtstag mitzuteilen.⁵⁰ Entsprechend dieser Vorgaben erhoben die Gaupropagandaämter Daten über den Umfang der gespendeten Metalle, aufgeteilt nach Spenderkategorien (Behörden, Wirtschaft, und Privathaushalte) und Angaben zur Spendenbeteiligung in dem jeweiligen Gau, also Quoten zwischen Anzahl der Spender und der Bevölkerungszahl. Es ist angesichts der Praxis bei anderen Spenden im Dritten Reich anzunehmen, dass letztere Quote als eine Art Stimmungsindikator ermittelt wurde, und zugleich, wie im Fall der WHW, gewissermaßen der Evaluierung der Gauleiter diente.⁵¹ Anders als beim WHW, bei der die Sammelergebnisse veröffentlicht wurden, galt das Aufkommen der Metallspende allerdings aus militärischen Gründen als vertraulich.⁵²

In einer Akte der Reichspropagandaleitung sind eine vorläufige handschriftliche und eine leicht verbesserte weitgehend maschinenschriftliche Tabelle überliefert, in denen die von Göring geforderten Daten für die meisten der 41 Gaue zum Stichtag vollständig enthalten sind.⁵³ Da die überlieferte Zahl der Spender, entsprechend Görings Forderung, nicht nur die von Privatpersonen, sondern auch die von Behörden und Unternehmen enthält, zugleich eine gleichmäßige Verteilung der unterschiedlichen Spenderkategorien nicht angenommen werden kann, taugen diese Daten nicht dazu, genaue Aussagen über die jeweiligen Anteil privater Spender an der Einwohnerzahl oder an privaten Haushalte des jeweiligen Gaus zu berechnen, was Rückschlüsse auf eine möglicherweise regional unterschiedliche Unterstützung des NS-Regimes hätte liefern können.⁵⁴ Allerdings kann jeweils eine Obergrenze der Privatpersonen und der Haushalte, die sich reichsweit an der Metallspende beteiligt haben, berechnet werden, indem man die Quotienten zwischen Spendern und Einwohnern bzw. Spendern und privaten Haushalten für die Gaue berechnet, für welche diese Daten vorhanden sind.⁵⁵ Danach haben

⁵⁰ BArch NS 18/1037, Schreiben Goebbels an Gaupropagandaleiter, März 1940; Metallspende des Deutschen Volkes Vorläufiges Ergebnis - Stichtag 17. April 1940.

⁵¹ Ebenso wie beim WHW (vgl. etwa Martin, *Medieneinsatz*, S. 192, 197; Fröhlich, Goebbels, 26.10.1941) wurde auch das Ergebnis der Metallspende von der NS-Führung als Treuebeweis angesehen. Vgl. Fröhlich, Goebbels, 20.4.1940. Zur Evaluierung der Gauleiter beim WHW, vgl. etwa ebd., 7.12.36.

⁵² BArch NS 18/1037, RStMe, Schreiben, 9.4.1940; Fernschreiben an die Gauleitung Koblenz-Trier, 16.4.1940, Bl. 64; Martin, *Medieneinsatz*, S. 201.

⁵³ BArch NS 18/1037, Metallspende des Deutschen Volkes – Vorläufiges Ergebnis – Stichtag: 17. April 1940.

⁵⁴ Zwar lässt sich mit den überlieferten Angaben das private Spendenaufkommen in kg pro Einwohner bzw. pro Haushalt für fast alle Gaue berechnen. Hierbei ergeben sich auch zum Teil beträchtliche Unterschiede.

Allerdings können diese sich auch aus sozioökonomischen Gründen erklären lassen, so dass Rückschlüsse auf einen unterschiedlichen Rückhalt des NS-Regimes bei der Bevölkerung der jeweiligen Gaue irreführend sein können.

⁵⁵ Die für manche Gaue überlieferten, in dem Dokument unter der Rubrik „Prozent“ angegebenen Daten, die laut dem Auftrag Görings ja den Quotienten zwischen der Gesamtzahl der Spender und Einwohnern darstellen sollte, wurde nicht verwendet, sondern der Quotient aus den in der Tabelle erhaltenen Rohdaten ermittelt. Der Grund dafür liegt darin, dass die angeführten Prozentangaben in vielen Fällen von den berechneten abweichen. Vermutlich handelt es sich um vorläufige, zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführten Berechnungen der

sich höchstens 13,5% der Einwohner bzw. höchstens 55% der Haushalte an der Metallspende beteiligt.⁵⁶ Nimmt man einmal an, dass in den meisten Haushalten vermutlich irgendein prinzipiell entbehrlicher Gebrauchsgegenstand aus den zu spendenden Metallen vorhanden gewesen sein dürfte, folgt daraus, dass kaum ein flächendeckender Zwang ausgeübt worden sein dürfte, zumal auch nicht auszuschließen ist, dass in manchen Haushalten mehrere Spender auftraten.⁵⁷

Die heikle Frage der Kirchenglocken

Im Zusammenhang mit der Behördensammlung hatten vereinzelt Gemeinden begonnen, Denkmäler zu demontieren und wurden im April 1940 Forderungen nach einer „Denkmalaktion“ im Reich laut.⁵⁸ Parteikreise, insbesondere Martin Bormann, sahen die Metallmobilisierung als eine Gelegenheit, Denkmäler loszuwerden, die sie als „Schund“ empfanden, und die nicht ihrem ideologisch-ästhetischen Verständnis entsprachen.⁵⁹ Hitler griff diese Forderungen auf und ordnete eine „freiwillige“ Mobilisierung der sich im Eigentum der Gemeinden befindenden Denkmäler an.⁶⁰ Er bestand aber darauf, dass die NSDAP, anders als von Parteikreisen gefordert, nicht sichtbar als Träger der Sammlung in Erscheinung treten, sondern die RStMe für die Organisation verantwortlich sein sollte.⁶¹ Damit wollte er wohl vermeiden, dass die Bevölkerung gegen die Partei aufgebracht werden könnte.⁶² Zur Vorbereitung der „Denkmalaktion“ wurde ein Ausschuss gebildet, dem u.a. Angehörige des Propagandaministeriums angehörten, und der festlegen sollte, welche

Gaupropagandaämter, wofür spricht, dass die Prozentangaben in den meisten Fällen niedriger sind als diejenigen, die sich aus der Verwendung der Rohdaten ergeben. Auch scheinen die Gaupropagandaämter zum Teil eine falsche Einwohnerzahl zugrunde gelegt zu haben, wie die nachträglichen Korrekturen der gemeldeten Daten in den überlieferten Tabellen zeigen. In manchen Fällen dürfte es auch nur zu rohen Schätzungen gekommen sein, da in manchen Gauen nur ein Prozentangabe ohne Kommastellen, in anderen mit zwei Stellen hinter dem Komma angegeben wurden.

⁵⁶ Nicht enthalten sind Danzig, Halle-Merseburgs, München-Oberbayern, Oberdonau, Steiermark, Sudetenland, Tirol, Wien und der Warthegau, für die keine Spenderzahl überliefert ist.

⁵⁷ Bei armen Haushalten und solchen, die seit 1934 gegründet worden sind, also nachdem eine Vielzahl von Verwendungsverbote für den Einsatz von „Sparmetallen“ erlassen worden waren, dürften kaum derartige Gegenstände vorhanden gewesen sein. Eine genaue Quantifizierung der Anzahl dieser Haushalte erscheint allerdings nicht möglich.

⁵⁸ So wurde in Mannheim das 1930 errichtete Denkmal des liberalen Politikers Ernst Bassermann abgenommen. Neue Mannheimer Zeitung Nr. 19, 20.4.1940. Zu entsprechenden Forderungen, vgl. BArch NS 25/1428, Bl. 3, Der Stellvertreter des Führers, Stab, an Hauptamt für Kommunalpolitik Herrn Reichsleiter Fiehler, 20.4.1940.

⁵⁹ Vgl. z.B. BArch NS 18/642, Bl. 6f, Vorlage für den Stabsleiter, 23.4.1940; Bl. 18, Bormann an Reichsleiter Fiehler, 25.1940; BArch NS 18/642, Bl. 4, Bormann an Reichsleiter Fiehler, 27.5.1940.

⁶⁰ BArch NS 18/642, Bl. 22, Bericht, Betrifft: Erfassung der Denkmäler für die Zwecke der Metallmobilisierung, 9.5.1940.

⁶¹ NS 18/684, Bl.3f, Deutscher Gemeindetag an Reichsamtleiter Fritz Schmidt, 23.5.1940.

⁶² Dazu passt, dass Göring darauf hinwies, es bedürfe einer „Stimmungsvorbereitung“ für die Denkmalabnahme. BArch NS 18/642, Bl. 11, Meldung an Führerbau, 22.4.1940.

Denkmäler schützenswert waren und welche nicht.⁶³ Allerdings wurde dann Anfang Mai entschieden die Erfassung und Abnahme der Denkmäler zu verschieben, da das unerwartet hohe Aufkommen der Metallspende die Metallhütten für einige Zeit auslasten würde, und danach zunächst die Glocken abgenommen werden sollten.⁶⁴

Kurz darauf wurde jedoch die Reihenfolge beider Maßnahmen umgedreht.⁶⁵ Die Abnahme der Kirchenglocken wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, wobei die entsprechenden Vorbereitungen, etwa die Einteilung in verschiedene Klassen durch die Denkmalpfleger, nach denen sich ebenso wie im Ersten Weltkrieg die Abfolge der Einschmelzung orientieren sollte, weiter durchgeführt, und dann auch im Laufe des Sommers 1940 abgeschlossen wurden.⁶⁶ Wie lassen sich diese Prioritätenänderung, und insbesondere die Verschiebung der Glockenabnahme auf einen unbestimmten Zeitpunkt erklären, obwohl deren erwartetes Metallaufkommen das der „Denkmalaktion“ weit übertraf? Der Auslöser für die Verschiebung war die Verbesserung der Metallversorgungslage.⁶⁷ Die militärische Entwicklung im Westen war nämlich zum Zeitpunkt der Entscheidung für eine Verschiebung, also Anfang Juni, überraschend gut, was eine Drosselung des Verbrauchs in absehbarer Zukunft möglich schien ließ. Außerdem war bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass dem Reich im Westen eine nicht unerhebliche Beute an Nichteisenmetallen zufallen würde.⁶⁸ Auch der oben bereits erwähnte Umstand spielte eine Rolle: infolge des überraschend hohen Aufkommens der Metallspende waren die entsprechenden Verarbeitungskapazitäten für einige Zeit blockiert, da es trotz des Einsatzes von Häftlingen einen Mangel bei Sortierern und Fachkräften in den Schmelzereien gab.⁶⁹ Schließlich dürfte der Umstand, dass es bis zu diesem Zeitpunkt bereits massive Widerstände der Kirchen gegen die Glockenabnahme gegeben hatte, die Entscheidung des NS-Regimes erleichtert haben. Hitler hatte wiederholt seit Kriegsausbruch betont, dass „während des Krieges alle nicht unbedingt notwendigen

⁶³ Für das folgende BArch NS 18/642, Bl. 27f, Fernschreiben an den Führerbau, 14.5.1940; BArch NS 18/684, Bl. 16, Deutscher Gemeindetag an die deutschen Stadt- und Landkreise und an die übrigen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, 5.6.1940. Zu Zusammensetzung des Ausschusses, dem u.a. auch der Leiter des Amtes Bildende Kunst im Stab Rosenberg angehörte, vgl. ebd., Bl. 3, Deutscher Gemeindetag an Reichsamtleiter Fritz Schmidt, 23.5.1940.

⁶⁴ BArch NS 18/642, Bl. 22, Bericht, Betrifft: Erfassung der Denkmäler für die Zwecke der Metallmobilisierung, 9.5.1940.

⁶⁵ BArch NS 18/684, Bl. 1, Vorlage, Betrifft: Denkmäler für die Metallspende, 8.6.1940.

⁶⁶ BArch 5101/23870, Bl. 17, Deutsche Evangelische Kirche an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 4.6.1940.; BArch RW 19/3180, Bl. 75, Vortragsvermerk, 5.2.1941.

⁶⁷ BArch 5101/23870, Bl. 17, Der Reichswirtschaftsminister an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 17.7.1940.

⁶⁸ Fröhlich, Goebbels, 28.5.1940.

⁶⁹ BArch RW 19/2065, Bl. 45, RStMe an den Beauftragten für den Vierjahresplan, 24.5.1940; Denton, Metal, 211, 215f.

Maßnahmen vermieden werden sollten, die das Verhältnis des Staates und der Partei zur Kirche verschlechtern könnten“.⁷⁰ Dementsprechend hatte die Glockenabnahme bereits bei der Beschlussfassung im Januar 1940 als ein, wie die Sprache Zimmermanns verrät, delikates Thema gegolten. Durch einen „vorsichtigen Informationsvortrag“ des Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten sollte erreicht werden, dass die Kirchen sich zu dieser Abgabe, ebenso wie im Ersten Weltkrieg, bereit erklärten.⁷¹

Allerdings war es trotz dieses von vornherein vorsichtigen Herangehens an die Frage der Kirchenglocken, trotz des Appells an die „vaterländische Pflicht“, und trotz Anweisung Goebbels an die Presse, nicht gegen eine Glockenerhebung in Großbritannien „zu polemisieren“, im Folgenden zu Spannungen zwischen den Kirchen und den Behörden gekommen.⁷² Von den evangelischen Kirchen geplante sogenannte „Glockenopferfeiern“ wurden auf Anweisung des Propagandaministeriums untersagt, weil man befürchtete, dass diese Feiern die Stimmung in der Bevölkerung ungünstig beeinflussen und zudem im Ausland als Indiz für die prekäre deutsche Versorgungslage aufgefasst werden würden.⁷³ Gleichzeitig, und dies musste beunruhigend für das NS-Regime gewesen sein, waren auch Stimmen innerhalb der evangelischen Kirche laut geworden, welche die Glockenabnahme als Teil eines Kulturkampfes des nationalsozialistischen Staates gegen die Kirche interpretierten.⁷⁴ Dieser Deutung versuchten die Behörden entgegenzutreten. Als die Verschiebung der Glockenabnahme beschlossen wurde, versicherte etwa die RStMe den Kirchen, dass sie nach Kräften bemüht sei „die Bronzeglocken solange wie möglich vor dem Einschmelzen zu bewahren“.⁷⁵ Gleichzeitig war es der RStMe wichtig den Eindruck zu vermeiden, als sei die Glockenabnahme ganz aufgegeben worden, weil sie befürchtete, dass im Fall ihrer späteren Durchführung bei den Gemeinden eine noch größere Unzufriedenheit entstünde.

⁷⁰ BArch R 43II/165a, Bl. 74, Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei an der Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis V Herr Reichsstatthalter Gauleiter Murr, 25.7.1940. In anderen Fällen wurde allerdings dieses Diktum oftmals durch untergeordnete Instanzen, etwa durch Gestapo und SD, unterlaufen, die ein umfangreiches Konzept antikirchlicher, mit Kriegsnotwendigkeiten getarnter Maßnahmen, durchführten. Vgl. dazu Kurt Meier, Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, München 1992, S. 175-8.

⁷¹ BArch R 3101/32163, Bl. 1-13, Der Reichsbeauftragte für Metall an den Reichswirtschaftsminister, 19.1.1940.
⁷² Zu dieser Presseanweisung Goebbels, vgl. Denton, Metal, S. 206.

⁷³ BArch R 5101/23870, Bl. 11, Der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Vermerk, 9.5.1940; Bl. 12, Der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Entwurf eines Schnellbrief, Bl. 13, Vermerk, 21.5.1940.

⁷⁴ Vgl. z.B. BArch R 5101/23870, Bl. 14, Der Vorsitzende der Finanzabteilung beim Landeskirchenamt der ev.-luth. Landeskirche an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 3.6.1940.

⁷⁵ BArch R 58/5885, Deutsche Evangelische Kirche, Kirchenkanzlei an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen.

Und in der Tat dauerte es trotz des Umstandes, dass dem Reich große Metallmengen in Westeuropa in die Hände gefallen waren, nur etwa ein halbes Jahr, bis die Überlegungen zur Durchführung der Glockenabnahme wieder aufgenommen wurden. Hintergrund war, dass man im Zuge der Vorbereitung des Russlandfeldzuges das hohe Zuteilungsniveau des ersten Halbjahres 1940 aufrechterhielt, so dass zukünftige Engpässe zu erwarten waren. Daher drängte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt seit Dezember 1940 darauf, dass ab Frühjahr 1941 in Deutschland und den besetzten Gebieten eine umfassende Metallmobilisierung, unter Einschluss der Glocken, durchgeführt werden müsste.⁷⁶ Man wollte damit vor allem Zinn und Kupfer mobilisieren, die (neben Kautschuk) einzigen Rohstoffe, bei denen die Versorgungsmöglichkeiten in naher Zukunft als absinkend bezeichnet wurden.

Im Februar 1941 wurde dann schließlich die Entscheidung getroffen, sowohl im Reich als auch in den besetzten Gebieten, insbesondere in Frankreich, die Glocken zu mobilisieren. Als Beginn der Abnahme im Reich wurde der 1. Mai festgelegt.⁷⁷ Die geplante Abnahme in den besetzten Ländern war in Augen der reichsdeutschen Behörden notwendig, weil seit der Besetzung dieser Länder umfangreiche Rohstoffmengen in das Reich transportiert worden waren, gleichzeitig aber die Industrie in diesen Ländern Rohstoffe für den Eigenbedarf und die umfangreichen deutschen Aufträge benötigten.⁷⁸ Erste Sondierungen stießen aber in den besetzten Gebieten sowohl bei den Besatzungsverwaltungen, die ebenso wie bereits im Ersten Weltkrieg Unruhen bei der Bevölkerung befürchteten, als auch bei den einheimischen Behörden auf Widerstände.⁷⁹ Daher schlug Goebbels im April 1941 vor, diese Maßnahme zuerst im Reich durchzuführen, da man vom deutschen Volk noch am ehesten dafür Verständnis erwarten könnte.⁸⁰ Da er aber die Frage der Glockenabnahme auch im Reich unverändert als heikel ansah, plante er seine Propaganda gegenüber den katholischen Kreisen in Deutschland auf den Umstand zu stützen, dass die in Italien bereits eingeleitete

⁷⁶ BArch RW 19/2355, Bl. 3f, OKW, Vermerk, 9.12.1940.

⁷⁷ Denton, Metal, S. 276-281.

⁷⁸ BArch RW 19/339, Bl. 75f, Wochenbericht, 3.-8.2.1941; Bl. 176, Wochenbericht, 16.-22.3.1941. Zur Auftragsverlagerung, vgl. Jonas Scherner, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrienaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Buchheim/ Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie, München, 2012, S. 70-92; Elena Dickert, Die "Nutzbarmachung" des Produktionspotentials besetzter Gebiet durch Auftragsverlagerung im Zweiten Weltkrieg. Staatliche Regulierung und Verlagerungsverhalten von Maschinenbau- und Automobilunternehmen, Diss., Norwegian University of Science and Technology, Trondheim, 2014.

⁷⁹ Denton, Metal, S. 276-285; Freeman, European Church Bells, S. 432-435. Zur ablehnenden Haltung der deutschen Behörden im besetzten Belgien im Ersten Weltkrieg, vgl. etwa BArch RH 61/1117, Anlage 52.

⁸⁰ BArch NS 18/684, Bl. 21-26, Vorlage, 19.4.1941.

Einschmelzung der Kirchenglocken die ausdrückliche Genehmigung und Unterstützung des Papstes erfahren hatte.

Auch der gleichzeitige Beschluss, mit der Einleitung der Glockenabnahme eine systematische Erfassung aller Bronzedenkmälern zu beginnen, die also über die bisherige Abgabe einiger sich im Gemeindeeigentum befindende Denkmäler weit hinausging, erfolgte vor dem Hintergrund, dass die Glockenabnahme als politisch problematisch galt.⁸¹ Denn es war von vornherein klar, dass die daraus zu erwartende Metallmenge mit 1.600 to nur unbedeutend sein würde und gerade einmal den Bruchteil eines Monatsverbrauchs bei Kupfer und Zinn decken könnte.⁸² Daran ändert auch nichts, dass man die Notwendigkeit dieser Maßnahme dem Reichsführer des NS-Kriegerbundes, General Wilhelm Reinhard, der gegen die Einschmelzung der Kriegerdenkmäler protestierte, mit einem Hinweis auf die prekäre Versorgungslage des Reiches begründete. Der entscheidende Grund, die „Denkmalaktion“ durchzuführen, war explizit propagandistischer Natur: da man glaubte, auf das baldige Einschmelzen der Kirchenglocken nicht verzichten zu können, hoffte man durch eine vor der Glockenabnahme durchgeführten, umfassenden Erfassung der Denkmäler den Kirchen und den Gläubigen den Wind aus den Segeln zu nehmen.⁸³ Damit verfuhr man anders als im Ersten Weltkrieg: Damals hatten Teile der Bevölkerung und Presse nämlich massive Kritik daran geübt, dass die Glocken abgenommen wurden, Metallgegenstände der öffentlichen Hand, darunter auch die Denkmäler, aber vermeintlich verschont geblieben waren.⁸⁴ Auch bei dieser Mobilisierungsmaßnahme sollte die Bevölkerung propagandistisch vorbereitet werden, da man Widerstände bei Abnahme eines Teils der Denkmäler, etwa der Kriegerdenkmäler, befürchtete.⁸⁵

Goebbels konnte sich mit seinem Vorschlag, zunächst nur im Reich und erst anschließend in den besetzten Gebieten die Glocken abzunehmen, nicht durchsetzen. Hitler bestand nämlich – den ursprünglich für Mai geplanten Beginn im Reich hatte man vermutlich aus psychologischen Gründen angesichts des geplanten Ostfeldzugs und der Senkung der

⁸¹ Die „freiwillige“ Denkmalmobilisierung hatte gerade einmal einen Ertrag von 224 to Metall erbracht. BArch NS 25/1428, Bl. 30f, Der Reichswirtschaftsminister an den Reichsminister des Inneren, 23.3.1942.

⁸² Für das folgende, vgl. BArch NS 18/684, Bl. 16, Deutscher Gemeindetag an die deutschen Stadt- und Landkreise und an die übrigen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, 5.6.1940; Bl. 21-26, Vorlage, 19.4.1941; Bl. 27-30, Vorlage, 9.5.1941; BArch RW 19/340, Bl. 7, Wochenbericht 31.3.-5.4.1941.

⁸³ BArch NS 18/684, Bl. 21-26, Vorlage, 19.4.1941.

⁸⁴ Vgl. z.B. BArch R 3101/4093, Bl. 17f, Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918.

⁸⁵ Denton, Metal, S. 281.

Lebensmittelrationen fallen gelassen – im Sommer 1941 auf der umgekehrten Reihenfolge.⁸⁶ Allerdings war er zu dem Zugeständnis bereit, dass in den besetzten Gebieten jeder Kirche eine Glocke verbleiben sollte. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass Hitlers Forderung, zuerst in den besetzten Gebieten die Glocken abzunehmen, aus seiner Furcht vor einer Schwächung der Heimatfront herrührte.⁸⁷ Im Ersten Weltkrieg hatte sich nämlich in der deutschen Öffentlichkeit, wie der NS-Spitze bewusst war, viel Unmut daran entzündet, dass man in Deutschland in dieser Frage härter vorgegangen sei als in den besetzten Gebieten.⁸⁸ Insbesondere Vertreter der evangelischen Kirche hatten damals gefordert, zunächst die Glocken in den besetzten Gebieten, vor allem in Belgien, zu mobilisieren.⁸⁹

Hitlers Junktim brachte die mit der Metallversorgung beauftragten Behörden hinsichtlich der mittelfristigen Sicherstellung der Zinnversorgung in ernsthafte Schwierigkeiten, da der Militärbefehlshaber in Frankreich um die Verschiebung der Glockenabnahme in seinem Gebiet bat, da dies nur unter „schärfsten Zwangsmaßnahmen“ möglich sei.⁹⁰ Außerdem wollten die deutschen Besatzungsbehörden in den Niederlanden und Belgien eine Abnahme der Glocken in ihren Gebieten – wohl um mit Gründen der Gleichbehandlung argumentieren zu können – nur dann durchführen, wenn dies auch in Frankreich geschehe.⁹¹ Daher wurden im Folgenden verschiedene Optionen diskutiert, wie man die besetzten Länder zu einem Beitrag bewegen könnte, der dem deutschen Bedarf entspräche, bzw. der Hitlerschen Forderung genüge. So überlegte man Frankreich – angesichts seiner Größe das bei weitem wichtigste besetzte Land hinsichtlich der mobilisierbaren Mengen – die Freilassung von vier Kriegsgefangenen pro mobilisierter Tonne Glockenmetall in Aussicht zu stellen.⁹² Auch machte das OKW den ernst gemeinten Vorschlag, man solle, um Hitlers Wunsch formal zu

⁸⁶ BArch RW 19/341, Bl. 137, Wochenbericht, 23.-28.6.1941; Bl. 153, Wochenbericht, 28.7.-2.8.1941. Zur Senkung der Lebensmittelrationen, vgl. Buchheim, Mythos, S. 307f.

⁸⁷ So erwähnte v. Hanneken im Sommer 1941 auf einer Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans, dass politische Gründe bei der Entscheidung über die Glockenabnahme eine Rolle spielten. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 297. Gleichzeitig mit dem Befehl Hitlers, die Glocken in den besetzten Gebieten abzunehmen, wurde dann auf deutscher Seite die Entscheidung gefällt, in diesen Gebieten auch Münzen und Haushaltsgegenstände aus Metall zu mobilisieren. BArch RW 19/341, Bl. 137, Wochenbericht, 23.-28.6.1941.

⁸⁸ Wiedenfeld, Organisation, S. 26; BArch RH 61/1125, Erste Textfassung – systematisch, S. 61. Vgl. auch BArch R 3101/4098, Bl. 82, „Die belgischen Kirchenglocken noch immer geschont“, Deutscher Tagesanzeiger, 13.8.1918. Zur Erfassung Glocken aus anderen besetzten Ländern, vgl. BArch R 8717/1033, Bl. 10, Kriegsmetall AG, interner Schriftwechsel, 3.6.1918; Denton, Metal, S. 66-71.

⁸⁹ Kurt Wiedenfeld, Zwischen Wirtschaft und Staat, Berlin 1960, S. 62f.

⁹⁰ BArch RW 19/341, Bl. 153, Wochenbericht, 28.7.-2.8.1941.

⁹¹ Vgl. z.B. BArch NS 18/1294, Bl. 84-87, Vorlage für den Minister (Goebbels), Betrifft: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, 5.11.1941.

⁹² Vgl. zu diesen Vorgängen, Denton, Metal, S. 339-351.

erfüllen, doch einfach unverzüglich mit der Abnahme der Glocken auf den Kanalinseln beginnen.⁹³

Erst im Laufe der zweiten Novemberwoche 1941 beschloss Hitler, von seinem Standpunkt abzugehen.⁹⁴ Dazu dürfte beigetragen haben, dass sich die französische Regierung inzwischen bereit erklärte hatte, die gleiche Metallmenge wie diejenige, welche von einer Glockenabnahme erwartet wurde, Deutschland zur Verfügung stellen.⁹⁵ Aber von entscheidender Bedeutung war wohl, dass die mittelfristige Zinnversorgung des Reiches nicht gesichert war,⁹⁶ zugleich zu diesem Zeitpunkt Hitler endgültig klar war, dass der Russlandfeldzug nicht mehr 1941 siegreich zu Ende geführt werden konnte⁹⁷ und er daher anordnete, die Rohstoffzuteilung auf einen langen Krieg auszurichten.⁹⁸ Deshalb rang Hitler sich in diesen Tagen, wie Goebbels berichtet, dazu durch, auch die Zivilbevölkerung auf einen längeren Konflikt einzustellen, für dessen siegreichen Ausgang sie entsprechende Opfer auf sich nehmen müsste.⁹⁹ Dementsprechend ließ er seine Vorgabe in seiner engen Auslegung fallen: zwar wurde mit der Abnahme der Glocken im Reich, im Protektorat und im Generalgouvernement in der zweiten Novemberhälfte 1941 begonnen sowie kurz danach entsprechende Vorbereitungen in den besetzten sowjetischen Gebieten in Angriff genommen, der besetzte Westen wurde aber ausgenommen.¹⁰⁰

⁹³ BArch RW 19/341, Bl. 268, Wochenbericht, 15.-20.9.1941.

⁹⁴ BArch NS 18/1294, Bl. 84-87, Vorlage für den Minister (Goebbels), Betrifft: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, 5.11.1941; Bl. 80, Fernschreiben, Parteikanzlei-München an Parteikanzlei Dienststelle Berlin, 7.11.1941.

⁹⁵ Denton, Metal, S. 238f; 351-355; Willi A. Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942-1945, Frankfurt a.M. 1969, S. 90; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 478f. Boelcke suggeriert, dass die Glockenabnahme etwas mit den ausgefallenen Lieferungen aus Russland zu tun hätte (Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930-1945: Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 270, 274). Dagegen spricht, dass es bei der Glockenmobilisierung in erster Linie um Zinn ging, und dass die von der Sowjetunion gelieferten, ohnehin nicht sehr großen Zinnmengen fast restlos für die sogenannten „Russenaufträge“ im Rahmen des deutsch-sowjetischen Handelsabkommen verwendet wurden. Vgl. BArch RW 19/339, Bl. 45, Wochenbericht, 20.-25.1.1941.

⁹⁶ Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 300.

⁹⁷ Anfang Oktober 1941 hatte Hitler noch gehofft, dass der Krieg gegen die Sowjetunion noch im gleichen Jahr im Wesentlichen entschieden werden könnte. Fröhlich, Goebbels, 4.10.1941.

⁹⁸ Hartmut Schustereit, Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen, Herford 1988, S. 63.

⁹⁹ Fröhlich, Goebbels, 1941, Teil II, 2, 30.10.1941; 4.11.1941; 5.11.1941, 8.11.1941, 10.11.1941; Peter Longenrich, Goebbels, Biographie, München 2010, S. 495ff, 829.

¹⁰⁰ Denton, Metal, S. 238f; 351-355; BArch RW 31/371a, Reichskommissar für das Ostland an Zimmermann, 11.7.1942. Ende 1942 kam die Frage der Abnahme der Glocken in Frankreich wieder ins Gespräch; damit wurde aber dann tatsächlich erst im Sommer 1944 begonnen. Ähnliches galt für Belgien. Denton, Metal, S. 240; Boelcke, Deutschlands Rüstung, S. 207.

Der Beschluss, die Vorgabe fallen zu lassen, bedeutete aber nicht, dass man nun die Glockenabnahme im Reich nicht mehr als heikel angesehen hätte. Das zeigt allein der Umstand, dass bei einer Besprechung im RWM kurz vor Beginn der Abnahme nicht nur Zimmermann, Vertreter der Presseabteilung der Reichsregierung sowie des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, welcher die Abnahme durchführe sollte, sondern auch der Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten Hanns Kerrl, der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann, Reichsinnenminister Wilhelm Frick und ein Vertreter aus dem Propagandaministerium eingeladen waren.¹⁰¹ Gegenstand der Besprechung war vor allem die propagandistische Vorbereitung der Glockenabnahme, für welche man verschiedene Kanäle nutzen wollte. So sollten die Geistlichen die Kirchgänger durch eine Kanzelverlesung von der Maßnahme unterrichten.¹⁰² Lediglich kurze örtliche Pressenotizen sollten die Abnahme ankündigen, da man überzeugt war, dass ein Verschweigen in der Presse ebenso wie längere Ausführungen von den Kirchen und von den Feindstaaten ausgenutzt werden würde.¹⁰³ Man glaubte insbesondere, dass ein Verschweigen den Stimmen noch mehr Nahrung geben würde, die behaupteten, dass das NS-Regime die Kirchen bekämpfe. Außerdem könne es im Ausland als Indikator für die prekäre Versorgungslage des Reiches gesehen werden. Bormann forderte die Gauleiter auf, die Bevölkerung aufzuklären, um eine Beunruhigung bei den Gläubigen zu vermeiden.¹⁰⁴ Per Mundpropaganda solle darauf hingewiesen werden, dass auch bei früheren Kriegen die Kirchenglocken herangezogen worden seien. Insbesondere sollte, auf ausdrücklichen Befehl Hitlers, darauf geachtet werden, dass die Parteivertreter im Zusammenhang mit der Abnahme der Kirchenglocken etwa „auftauchenden Verdächtigungen, welche diese Maßnahme mit einer Kirchenfeindlichkeit erklären wollen, niemals Veranlassung geben dürften, die Kirchenfrage aufzurollen. (...) Auftauchende verleumderische Verdächtigungen der oben erwähnten Art sind deshalb streng sachlich zurückzuweisen, ohne durch ein Eingehen auf die Behauptungen unserer Kirchenfeindlichkeit unseren Gegnern Material für ihren volksverräterischen Kampf in die Hand zu geben.“ Schließlich wurden gegenüber dem ursprünglichen Plan aus dem Jahr 1940 Modifikationen vorgenommen, welche die Gläubigen milder stimmen sollten – der Ausbau der Glocken, der am 12. November 1941 beginnen sollte, umfasste nicht nur Kirchen-, sondern auch

¹⁰¹ BArch NS 18/1294, Bl. 1, RStMe an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Reichsleitung, 30.4.1942; Bl. 80, Parteikanzlei München an Parteikanzlei Berlin, 7.11.1941.

¹⁰² BArch NS 6/335, Bl. 147, Bormann an die Gauleiter, 9.11.1941.

¹⁰³ BArch NS 18/1294, Bl. 89-92, Vorlage an den Reichsleiter, Betrifft: Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, November 1941.

¹⁰⁴ BArch NS 18/1294, Bl. 73, NSDAP Reichspropagandaleitung, Redner-Schnellinformation, Lieferung 23, Ende November 1941; Bl. 97, Entwurf eines Rundschreibens; BArch NS 6/335, Bl. 147, Bormann an die Gauleiter, 9.11.1941.

Rathausglocken, wobei in beiden Fällen die künstlerisch und geschichtlich wertvollen Glocken verschont werden sollten. Außerdem sollte jeder Gemeinde eine Läuteglocke verbleiben.¹⁰⁵ Dieses Zugeständnis hatten beide Kirchen bereits erfolglos im Jahr zuvor den Behörden mit dem Verweis auf die sich ansonsten verschlechternde Moral in der Bevölkerung abringen wollen.¹⁰⁶ Die Läuteglocke-Regelung vom November 1941 entsprach dem, was die Behörden den Kirchen im Ersten Weltkrieg zugestanden hatten, wenn auch damals keine explizite Vorschrift dazu existiert hatte, sondern lediglich vage bestimmt worden war, dass die Kirchen möglichst gleichmäßig von der Glockenabnahme betroffen sein sollten.¹⁰⁷ Als Läuteglocke sollte damals grundsätzlich, ebenso wie im Zweiten Weltkrieg, die kleinste Glocke fungieren.

All diese Äußerungen und Modifikationen, die Einführung der Denkmalmobilisierung als eine propagandistische Rechtfertigung, das Zugeständnis einer Läuteglocke ebenso wie die Herauszögerung der Glockenabnahme, Hitlers Vorgabe und zuletzt die Teilnahme der Spitzen des NS-Regimes am Entscheidungsprozess, zeigen klar, dass das NS-Regime äußerst nervös hinsichtlich der Reaktion der Kirchen und der Gläubigen war, und versuchte den potentiellen politischen Schaden zu begrenzen. Es ist zu vermuten, dass dieses Verhalten im Sommer 1941 einmal durch den Umstand beeinflusst wurde, dass sich die Stimmung der Bevölkerung nach dem Angriff auf die Sowjetunion verschlechtert hatte.¹⁰⁸ Zugleich war zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Kritik der Kirche am NS-Regimes im Zusammenhang mit der Euthanasie und dem sogenannten Klostersturm durch eine Grundsatzentscheidung Hitlers beantwortet worden: der von Bormann betriebene Klostersturm wurde auf Geheiß Hitlers abgebrochen und von einer Verfolgung des Bischofs von Galen wurde abgesehen, weil man vor Ende des Krieges Konflikte mit der Kirche möglichst vermeiden wollte.¹⁰⁹ Dass die Glocken dann doch abgenommen wurden, war tatsächlich eine Kriegsnotwendigkeit: keine

¹⁰⁵ BArch R 5101/23870, Bl. 98, v. Hanneken an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, 7.11.1941; BArch NS 6/335, Bl. 147, Bormann an die Gauleiter, 9.11.1941; BArch R 5101/23064, Bl. 177, Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten an Deutsche Evangelische Kirche –Kirchenkanzlei, Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenzen, 27.11.1941.

¹⁰⁶ BArch R 5101/23870, Bl. 15, Reichsbund der Deutschen evangel. Pfarrervereine E.V. an Göring, 9.4.1940; Bl. 15, RStMe an die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen, 7.5.1940; BArch R 5101/23064, Bl. 157, Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenzen an den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, 19.4.1940; Bl. 158ff, Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenzen an den Reichsminister an Göring, 18.4.1940; Ludwig Volk (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd V: 1940-1942, Mainz 1983, Dok. 552, Kardinal Bertram an Göring, 18.4.1940.

¹⁰⁷ BArch R 3101/4098, Bl. 76, Der Minister für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten an Oberpräsidenten, Kiel, 31.3.1918; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte (Hrsg.), Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reichs, Bd. V: 1939-45, Dok. 48, S. 141-144.

¹⁰⁸ Ian Kershaw, Hitler. 1936-1945, München 2002, S. 569-71, 580.

¹⁰⁹ Ebd., S. 572-580.

andere Maßnahme hätte in so kurzer Zeit eine derartige Menge Zinn zur Verfügung stellen können. Eine prinzipiell durchaus mögliche massive Erhöhung der deutschen Zinnerzgewinnung hätte einer Vorlaufzeit von eineinhalb bis zwei Jahren bedurft¹¹⁰ und alternative Zinnerzgewinnungsmaßnahmen hätten zumindest teilweise eine Ersatzgestellung vorausgesetzt, die ebenfalls einige Zeit benötigt hätte. Außerdem wären, verglichen mit der Abnahme der Glocken, in beiden Fällen erheblich höhere kriegswirtschaftliche Opportunitätskosten (gemessen in knapper Arbeitskraft) angefallen.¹¹¹

Das Entgegenkommen des NS-Regimes in Form einer Läuteglocke und die Verweise darauf, dass bereits in früheren Kriegen Glocken abgenommen worden waren, konnten aber nicht verhindern, dass Teile der deutschen Bevölkerung, in Einzelfällen sogar Parteimitglieder, äußerst kritisch reagierten, und sich unter den Gläubigen „erhebliche Verbitterung“ breit machte, insbesondere angesichts der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, als nur ein Teil der abgenommenen Glocken auch tatsächlich eingeschmolzen worden und der Rest jahrelang in Lagerhäusern gelegen war.¹¹² Außerdem stieß die Maßnahme angesichts der Wehrmachtberichte über die „riesige“ Metallbeute, die den deutschen Truppen während ihrer Feldzüge zugefallen wäre, auf Unverständnis. Man folgerte daraus, dass, falls diese Berichte nicht übertrieben oder gar vollkommen gelogen wären, die Glockenabnahme Ausdruck der Kirchenfeindlichkeit des NS-Regimes wäre. Am 12. Dezember 1941 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: „Vor allem die Wegnahme der Glocken hat in einzelnen Gauen zu schweren Verstimmungen geführt“, was er auf die „Hetze der Pfaffen“ zurückführte.¹¹³ Nur kurz später berichtete Goebbels erneut über „Kräche“ infolge der Glockenabnahme in einigen Gauen, und dass es in einigen Orten um Würzburg sogar zu Demonstrationen gekommen sei.¹¹⁴ Teilweise hatten sich auch Landräte und Bürgermeister über die Anordnungen hinweggesetzt, und mehr Glocken hängen lassen, als erlaubt war.¹¹⁵ Auch manche kirchliche

¹¹⁰ Zur Vorlaufzeit beim Metallergbergbau, vgl. etwa BArch R 26 I/29, Niederschrift des Gutachter-Ausschusses über Rohstofffragen am 36.5.1936.

¹¹¹ Es wurde erwartet, dass die gesamten Arbeitskosten für Abnahme und Einschmelzen der Glocken dem Einkauf der Metalle zu (Welt-)Marktpreisen entsprach, womit diese Form der Metallgewinnung wesentlich billiger war als etwa bei Verhüttung deutscher Erze. BArch R 2/21593, RWMer an RdF, 4.11.1941; RdF, Vermerk, 12.11.1941.

¹¹² BArch NS 18/1294, Bl. 39f, Fernschreiben, Pg. Friedrichs, München Führerbau, Betrifft: Abnahme der Glocken, 4.2.1942; Bl. 72, Vermerk, Abnahme der Glocken für kriegswichtige Aufgaben, November 1941.

¹¹³ Fröhlich, Goebbels, 12.12.1941. Vgl. auch ebd., 5.2.1942; 12.2.1942.

¹¹⁴ Ebd., 15.12.1941. In einer „Blitzvorlage“ der zuständigen Stellen im Propagandaministerium für Goebbels am Tag zuvor ist die Rede von der Gemeinde Gernach bei Würzburg. BArch NS 18/1294, Bl. 50, Blitzvorlage an den Herrn Minister, 13.12.1941.

¹¹⁵ BArch NS 18/1294, Bl. 12f, Parteikanzlei, vertrauliche Information, Abnahme der Glocken für kriegswichtige Zwecke, 31.1.1942.

Würdenträger sparten nicht mit Kritik, und stellten, so der Freiburger Erzbischof Gröber in einem Hirtenwort an seine Diözesanen, die Glockenabnahme in einen Kontext mit „neugearteten Menschen, die Christus ingrimmig hassen“.¹¹⁶

Auch in der folgenden Zeit kam es immer wieder zu „schärfster“ Kritik der Bevölkerung, die erst abzuebben schien, nachdem in den meisten Orten die zunächst einzuschmelzenden Kirchenglocken der Kategorie A abgenommen worden waren. In Oberbayern etwa versuchte die Bevölkerung verschiedentlich sogar die Beschlagnahmung zu verhindern, und in manchen Orten kam es zu dem Versuch, die bei den Bahnhöfen lagernden abgenommenen Glocken zu entwenden.¹¹⁷ Der SD schlug, wohl um dem Eindruck entgegenzutreten, es handele sich bei der Glockenabnahme nicht um eine kriegswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine kirchenfeindliche Aktion, daher vor, dafür zu sorgen, dass die abgenommenen Glocken so schnell wie möglich abtransportiert werden sollten.¹¹⁸ Dieser Vorschlag wurde der RStMe weitergeleitet, die in ihrer Antwort Transportprobleme dafür verantwortlich machte, dass nicht in allen Fällen die abgenommenen Glocken auch sofort weggeschafft worden waren.¹¹⁹

Wenn es auch dem NS-Regime nicht gelungen war, die befürchtete Unruhe in Teilen der Bevölkerung zu vermeiden, so war doch die Glockenabnahme kriegswirtschaftlich betrachtet ein Erfolg. Alleine bis April 1942, also innerhalb von etwa fünf Monaten, wurden 54.000 Glocken abgenommen, wovon 37.000 an die Hütten versandt wurden, während 15.000 Glocken in Sammellager kamen, und nur ein Bruchteil, nämlich 2.000 Stück aufgrund der oben erwähnten Transportprobleme noch vorübergehend liegen geblieben waren.¹²⁰

Insgesamt war bis Mitte 1942 mehr als die Hälfte der im Zweiten Weltkrieg insgesamt im Reich abgenommenen Glocken der Verwertung zugeführt. Die zentrale kriegswirtschaftliche Bedeutung der Glockenabnahme lag dabei darin, dass sie bis Ende 1942 – neben 26.000 to Kupfer, also etwa fünf Wochen des monatlichen deutschen Verbrauchs – die mittelfristig ungesicherte Versorgungslage bei Zinn behob, da die gewonnenen 5.400 to dieses Metalls fast acht Monate des deutschen Bedarfs abdecken konnten.¹²¹ Damit waren in relativ kurzer Zeit –

¹¹⁶ BArch R 5101/23064, Bl. 183, Erzbischof Gröber zur Abgabe der Kirchenglocken, 27.2.1942.

¹¹⁷ BArch NS 18/1294, Bl. 7, Reichspropagandaleitung an RStMe, Betr.: Abnahme der Glocken, 9.4.1942. Bereits im Ersten Weltkrieg wurde vor allem in Süddeutschland die Glockensammlung kritisiert. BArch R 3101/4098, Bl. 20-30, Sitzung der Metallmobilmachungsstelle am 22. Januar 1918.

¹¹⁸ BArch NS 18/1294, Bl. 7, Reichspropagandaleitung an RStMe, Betr.: Abnahme der Glocken, 9.4.1942.

¹¹⁹ Ebd., Bl. 5f, RStMe an die NSDAP, Reichsleitung Hauptamt Reichsring, Abnahme der Glocken, 20.4.1942.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ BArch R 3/1868, Bl. 41, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

das Einschmelzen der seit Ende 1941 abgenommen Glocken nahm aufgrund der begrenzten freien Schmelzkapazitäten etwa acht Monate in Anspruch – knapp 60% des insgesamt im Krieg in Deutschland mobilisierten Zinns der Kriegswirtschaft zur Verfügung gestellt worden.¹²²

Die Ausweitung der Metallmobilisierung in der zweiten Kriegshälfte

Die Glockenabnahme löste allerdings lediglich bei Zinn die mittelfristig befürchteten Versorgungsmängel, nicht aber bei Kupfer, das ebenfalls als ein zentraler Mangelrohstoff im Herbst 1941 gegolten hatte.¹²³ Einige kleineren Maßnahmen, die im Laufe des Sommers 1941 eingeleitet worden waren, wie die Mobilisierung von Kupferwalzen in der deutschen Textilindustrie und von Kupfer- und Aluminiumbronzemünzen, hatten daran nichts geändert, deckten sie doch nicht einmal den Verbrauch eines Monats ab.¹²⁴ Damit ein ähnlicher Effekt, gemessen an der Abdeckung des Monatsbedarfs, wie bei Zinn erreicht wurde, mussten also noch weitere Maßnahmen durchgeführt werden.¹²⁵ Daher wurden neben einer Forcierung der Erzförderung in den besetzten Gebieten, einer Verstärkung der Einsparmaßnahmen, und der Anordnung, dass Mangelmetalle nur noch für kriegsentscheidende Zwecke eingesetzt werden dürften, seit Ende 1941 innerhalb weniger Monate eine Reihe neuer Mobilisierungsprojekte eingeleitet. Eine neue Quelle hoffte man bei Unternehmen zu finden. Man war sich des Problems asymmetrischer Informationen bei der Metallkontingentierung bewusst, also dass Unternehmen höhere Bedarfsmengen anforderten als sie tatsächlich benötigten, und die Differenz in „stillen“ Rohstofflagern horteten.¹²⁶ Nachdem zunächst auf Veranlassung Hitlers Anfang November 1941 die vermuteten überhöhten Zuteilungsgewichte bei Mangelmetallen gekürzt worden waren¹²⁷, wurden – neben einem Verbot des Einsatzes dieser Rohstoffe bei nicht kriegswichtigen Fertigungen¹²⁸ – in einem zweiten Schritt Ende Dezember durch die Anordnung 52 der RStMe Beschlagnahmungen von Überbeständen von Halbmaterial aus

¹²² Vgl. Tabelle 1. Zu den Kapazitäten der Hütten für das Einschmelzen der Glocken, vgl. BArch R 2/21593, Reichswirtschaftsminister an RdF, 4.6.1942.

¹²³ Müller, Mobilisierung, S. 583, 606, 617.

¹²⁴ Zur Münzmobilisierung, vgl. BArch R 2/30810. Zu Details der Mobilisierung der Kupferwalzen, für die ein Gesamtertrag von 8.700 to erwartet wurde, vgl. BArch R 2/21593. Erstmals bei einer Mobilisierungsmaßnahme hatte dabei das Reich eine Entschädigung zu leisten, die sich an den Ersatzbeschaffungskosten aus anderen Materialien richtete. Auch im Protektorat wurden Kupferwalzen eingezogen und Ersatzbeschaffungskosten von ca. 1,60 RM pro kg gezahlt.

¹²⁵ Vgl. z. B. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 478f.

¹²⁶ BArch RW 19/342, Bl. 72, Wochenbericht, 20.-25.10.1941. Zur Problematik der asymmetrischen Informationen und dem daraus resultierenden Hortungsphänomen, Jonas Scherner, Die Grenzen der Informationsbeschaffung, -transfer und -verarbeitung in der deutschen Wehr- und Kriegswirtschaftsverwaltung im Dritten Reich, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 56, 2015, S. 99-135.

¹²⁷ BArch RW 19/342, Bl. 112f, Wochenbericht, 3.-8.11.1941.

¹²⁸ Ebd., Bl. 207, Wochenbericht, 1-6.12.1941.

Aluminium, Kupfer, Blei und ihren Legierungen vorgenommen.¹²⁹ Damit reagierte man offensichtlich darauf, dass die Anordnung 50 der RStMe vom März 1940, nach der Überbestände von Halbmaterial abzuliefern waren, wohl nur wenig erfolgreich gewesen war.¹³⁰

Anfang März 1942 wurde die Anordnung 52 durch die Anordnung 52a, die für Blei, Nickel, Zink, Zinn und ihre Legierungen galt, und die Anordnung 52b, die Aluminium betraf, abgelöst. Die für unsere Betrachtung relevante Anordnung 52a, von der man sich ca. 40.000 to Metalle versprach – was im folgenden deutlich übertroffen wurde¹³¹ – und die als Teil der Metallmobilisierung galt, stellte, vermutlich ausgelöst durch die nach wie vor schwierige Rohstofflage, eine Verschärfung der Anordnung 52 dar.¹³² Nicht nur die Anzahl der erfassten Metalle wurde erweitert, sondern nun neben Halbmaterial auch Rohmaterial und unfertige Gegenstände aus diesen Metallen erfasst. Außerdem wurde der Kreis der von der Beschlagnahme betroffenen Betriebe ausgedehnt, indem etwa auch Händler einbezogen wurden.¹³³ Die Überbestände, die jedes Quartal erneut ermittelt werden sollten, mussten auf Aufforderung der RStMe zum Verkauf angeboten werden, wobei Entschädigungen gezahlt wurden, die sich an den staatlich festgelegten Metallpreisen orientierten.¹³⁴

Eine weitere Maßnahme, deren Einführung zwischen Ende 1941 und Frühjahr 1942 zur Diskussion stand, war eine zweite Haushaltsmobilisierung. Man schätzte, dass dort noch ein

¹²⁹ Diese betrafen bei Erzeugern die gesamten Bestände an Halbmaterial, bei denen in den letzten 3 Monaten keine Belieferung stattgefunden hat. Bei Halbmaterial, das noch ausgeliefert wurde, durften die Bestände nicht mehr als 2 Monate betragen. Bei Verarbeitern wurden diejenigen Lagerbestände an Halbmaterial und anderen Metallerzeugnissen beschlagnahmt, die angesichts der zu diesem Zeitpunkt gültigen Fertigungsprogramme nicht mehr verwendet werden konnten, und zweitens bei den im Sinn der Anordnung verwendungsfähigen Beständen diejenigen Mengen, welche den üblichen Verbrauch von drei Monaten überschritten. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 299 vom 22. Dez. 1941, AO 52 der Reichsstelle für Metalle, betr. Beschlagnahme von Lagerbeständen an Halbmaterial und anderen Metallerzeugnissen. Vom 19. Dezember 1941.

¹³⁰ BArch R 3101/11700, Bl. 27-39, Reichsbeauftragter für Metalle, 6.3.1940.

¹³¹ BArch R 121/1453, Roges, Hausmitteilung, 19.1.1945. Bis Ende 1943 wurden durch diese Maßnahme 57.000 to mobilisiert. BArch R 2/21593, Voraussichtlicher Geldmittelbedarf für das Rechnungsjahr 1944/45.

¹³² BArch R 2/21593, Anordnung 52a der Reichsstelle für Metalle, betr. Beschlagnahme von Lagerbeständen an Metallen und Metallerzeugnissen. Vom 3. März 1942; RStMe an den Reichswirtschaftsminister, 5.8.1942.

¹³³ Zugleich wurde auf Veranlassung des Rüstungsministers Albert Speer eine Verordnung erlassen, nach der u. a. vorsätzlich falsche Angaben über Vorräte und Bedarf an Rohstoffen, mit Zuchthaus, und in „besonders schweren Fällen“ mit dem Tode bestraft werden würden. BArch R 2/5101, Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Betr.: Strafbarkeit falscher Angaben über rüstungswirtschaftlich wichtigen Bedarf oder Vorrat, 28.4.1942. Allerdings wurde die Verordnung in der Praxis anscheinend kaum angewendet. Vgl. Gitta Sereny, Albert Speer: Sein Ringen mit der Wahrheit, München 2001, S. 367f.

¹³⁴ Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 163 vom 3. Juli 1942, Bekanntmachung 17 der Reichsstelle für Metalle.

der Metallspende vergleichbares Aufkommen mobilisierbar war.¹³⁵ Dabei war aber noch nicht entschieden, ob eine weitere freiwillige Sammlung, von der man aber angesichts der bereits durchgeführten Metallspende nur ein geringes Aufkommen erwartete, eine Metallsteuer – also die Zwangsabgabe einer bestimmten Menge gemessen in Kilogramm pro Haushalt – oder eine Beschlagnahmung durchgeführt werden sollte, die dann auch Gegenstände umfassen sollte, für die eine Ersatzgestaltung notwendig war.¹³⁶ Die Idee einer Mobilisierung bei privaten Haushalten wurde aber fallen gelassen. Stattdessen entschied man sich im Sommer 1942, in den kommenden Monaten mit der Erfassung der noch vorhandenen metallischen Gegenstände der öffentlichen Verwaltung und der Partei (mit Ausnahme des „Braunen Hauses“ und des „Führerbaus“) zu beginnen.¹³⁷ Nur Gegenstände von besonderer künstlerischer Bedeutung, Führerbüsten und Büsten „anderer lebender führender Persönlichkeiten“ waren ausgenommen.¹³⁸ Angesichts des Problems, in kurzer Frist Ersatz für Tür- und Fenstergriffe beschaffen zu können, wurde allerdings kurz darauf bestimmt, dass zunächst – anders als ursprünglich geplant – nur solche Gegenstände mobilisiert werden sollten, bei denen entweder kein Ersatz gestellt werden musste oder für die, etwa für Kronleuchter, auf dem freien Markt Ersatz beschafft werden konnte.¹³⁹ Zugleich sollte die Vorbereitung der Ersatzproduktion eingeleitet werden. Allerdings kam trotz dieser Vorbereitungen der Austausch im ersten Halbjahr 1943 nur schleppend in Gang, was sowohl an den zögerlichen Bestellungen seitens der Behörden als auch daran lag, dass es in der deutschen Mangelwirtschaft zu erheblichen Lieferverzögerungen kam, obwohl bereits im Mai 1942 die entsprechenden Ersatzbeschaffungen in die prioritäre Dringlichkeitsstufe SS eingestuft worden waren.¹⁴⁰

Ursächlich dafür, dass Metallgegenstände, die Ersatzbeschaffungen notwendig machten, zunächst bei der öffentlichen Hand und nicht bei privaten Haushalten, wie ursprünglich diskutiert, mobilisiert wurden, war die absehbar schwierige Ersatzbeschaffungslage.¹⁴¹ Das

¹³⁵ BArch RW 19/343, Bl. 4f, Wochenbericht, 5.-10.1.1942.

¹³⁶ Vgl. z.B. BArch R 2/30810, Der Reichswirtschaftsminister an den RdF, 23.12.1941; Fröhlich, Goebbels, 3.3.1942; 5.3.1942. Zur Definition der Metallsteuer, vgl. Denton, Metal, S. 233.

¹³⁷ BArch NS 18/548, Vorlage für den Herrn Minister, 8.8.1942; BArch R 2/6038, Bl. 404f, Der Reichswirtschaftsminister an verschiedene Stellen, 13.7.1942; Bl. 406, Richtlinien der Reichsstelle für Metalle über die Metallerfassung im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

¹³⁸ Für das folgende und weitere Details, vgl. BArch R 2/6038, Bl. 404f, Der Reichswirtschaftsminister an verschiedene Stellen, 13.7.1942; Bl. 416, Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Herren Vorsteher der nachgeordneten Reichs- und Preußischen Dienststellen, 3.8.1942.

¹³⁹ Ebd., Bl. 423, Vermerk, 26.8.1942; Bl. 459, Ergänzungsrichtlinien vom 9.11.1942.

¹⁴⁰ Ebd., Bl. 421f, Der Reichswirtschaftsminister an verschiedene Stellen, 21.5.1942; Bl. 492, Der Reichswirtschaftsminister an die Herren Sachbearbeiter für die Metallmobilisierung, 27.4.1943; Bl. 531, Der Reichsstatthalter in der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, 18.5.1943.

¹⁴¹ Fröhlich, Goebbels, 5.3.1942.

Fehlen von Haushaltsgegenständen wiederum würde, so befürchtete Goebbels im Frühjahr 1942, die Bevölkerungsstimmung, die ohnehin von der geplanten Senkung der Lebensmittelrationen in Mitleidenschaft gezogen werden würde, weiter verschlechtern.¹⁴² Außerdem hatte gerade der Erste Weltkrieg gezeigt, dass die Beschlagnahmung von Haushaltsgegenständen – bevor eine entsprechende Sammlung bei der öffentlichen Hand durchgeführt worden war – zu massiver Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung geführt hatte.¹⁴³ Ebenso hatte damals die unzureichende Ersatzgestaltung bei verschiedenen Mobilisierungsmaßnahmen beträchtlichen Unmut nach sich gezogen.¹⁴⁴ Mit anderen Worten, ebenso wie in den vorangegangenen Jahren spielten die erwarteten Auswirkungen auf die Bevölkerungsstimmung eine gewichtige Rolle bei den Entscheidungen im Zusammenhang mit der Metallmobilisierung. Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren nichts: laut einem 1943 erstellten Mobilisierungsplan sollten die meisten Zwangsmaßnahmen gegenüber privaten Haushalten, wie etwa die Abgabe von Tür- und Fenstergriffen, ebenso wie die gleichsam unpopuläre Abnahme der Läuteglocken erst zusammen mit weiteren, gemessen am Aufwand für Ausbau und Ersatzgestaltung, sehr kostspieligen Mobilisierungsmaßnahmen nach der Ausschöpfung aller sonstiger Möglichkeiten durchgeführt werden.¹⁴⁵ Sogar der Austausch von kupfernen Feuerbüchsen bei für die Kriegswirtschaft essentiellen, ohnehin nicht ausreichend vorhandenen Lokomotiven, die diese für zwei Monate aus dem Verkehr ziehen würde, sollte beginnen, bevor die oben genannten unpopulären Maßnahmen in Angriff genommen werden sollten. Die Idee einer Metallsteuer, die noch Anfang 1942 für das Reich im Gespräch und in einigen besetzten Gebieten durchgeführt worden war, wurde in der Zwischenzeit sogar ganz fallen gelassen. Die Berücksichtigung der Bevölkerungsstimmung zeigt sich auch bei der Denkmalmobilisierung. Neben der bei Mobilisierungsmaßnahmen üblichen Verschonung von künstlerisch-geschichtlich wertvollen Denkmälern sollte auch auf eine etwaige Missstimmung innerhalb der Bevölkerung Rücksicht genommen werden, und gegebenenfalls auf eine Abnahme eines Denkmals verzichtet werden, selbst wenn es nicht in die erstgenannte Kategorie fiel.¹⁴⁶ Später wurde sogar beschlossen, dass Friedhofsdenkmäler

¹⁴² Zur Senkung der Lebensmittelrationen, vgl. Buchheim, Mythos, S. 307ff.

¹⁴³ Vgl. z.B. BArch R 3101/4093, Bl. 17f, Leipziger Neuste Nachrichten, 28.4.1918; Bl. 144, Reichstag, 13. Legislatur-Periode II. Session 1914/18.

¹⁴⁴ Wiedenfeld, Organisation, S. 26; BArch RH 61/85, Geschichte der Metall-Bewirtschaftung, Erste Ausarbeitung, 1.2.1937. Vgl. auch BArch RH 61/881, Der Präsident der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres an den Reichswirtschaftsminister, 24.11.1942.

¹⁴⁵ BArch R 3/1868, Bl. 42, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

¹⁴⁶ BArch NS 25/1428, Bl. 22, Hauptamt für Kommunalpolitik, internes Schreiben, 24.4.1942; Bl. 27ff, Der Reichsminister des Inneren an verschiedene Stellen, 18.4.1942.

ausgenommen, und, anders als ursprünglich festgelegt, Kriegerdenkmäler möglichst geschont werden sollten.¹⁴⁷

Im Sommer 1942 wurde zudem eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen, die bereits Anfang 1940 als zukünftige Mobilisierungsfelder erachtet worden waren, in Gang gesetzt, wenn sie auch aufgrund der Ersatzstellung nur schrittweise durchgeführt werden sollten und sich daher bis in das Jahr 1944 erstreckten.¹⁴⁸ Dazu gehörten etwa zinnerne Getränkeschankanlagen, kupferne Gebäudeteile und Schriftmetall. Die anfallenden Kosten pro Tonne des jeweiligen Metalls überschritten die administrativ festgelegten Preise erheblich.¹⁴⁹ Schließlich wurden noch auf Grundlage von bereits Anfang des Krieges aufgestellten, gestuften Mobilisierungsplänen für Buntmetalle bei der Reichsbahn verschiedene Maßnahmen eingeleitet, wie etwa der Ausbau von Buntmetallgepäcknetzstücken und ihr Austausch gegen Holz oder die ersatzlose Entfernung von Hinweisschildern und Seifenspendern in Waggontoiletten.¹⁵⁰ Offensichtlich gingen diese Maßnahmen bei der Reichsbahn nicht so schnell voran, wie der zu persönlichem Aktionismus neigende Albert Speer das wünschte: als er Mitte Dezember 1942 per Schlafwagen zum Führerhauptquartier reiste, ließ er persönlich eine Reihe von Messinggegenständen wie Garderobenhalter und Waschtischgriffe abschrauben, und dem Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium Ganzenmüller zukommen – mit dem Hinweis, sie der Metallmobilisierung zur Verfügung zu stellen.¹⁵¹

Wenn sich auch durch all diese Maßnahmen etwa zwei Monate des deutschen Kupferverbrauchs decken ließen, stellten sie bei weitem noch keinen Befreiungsschlag dar, wie dies bei Zinn durch die Glockenabnahme geschehen war. Daher wurden die Durchführung zweier weiterer deutlich „ergiebigerer“ Maßnahmen im Frühsommer 1942 beschlossen: die „Fellgiebelaktion“, welche die Erfassung des Kupfers aus entbehrlichen zivilen und militärischen Nachrichtenkabeln und Lichtleitungen umfasste, und die

¹⁴⁷ Ebd.; BArch R 2/21593, RdF, Vermerk, 14.9.1942. Angesichts der deutschen Versorgungssituation wurden allerdings die Mobilisierung der Kriegerdenkmäler dann doch Anfang 1943 eingeleitet. BArch NS 25/1428, Bl. 33, Partei-Kanzlei, vertrauliche Informationen, Ablieferung der Kriegerdenkmäler zur Verstärkung der Metallreserve, 16.2.1943.

¹⁴⁸ RGBI. I, 1940, Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen. Vom 15. März 1940; BArch R 2/21593, RWMer an RdF, 4.6.1942; RdF, Vermerk, 14.9.1942; BArch R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbau, Rundschreiben, 2.7.1942.

¹⁴⁹ BArch R 2/21593, RWMer an RdF, 4.6.1942; RStMe an Reichswirtschaftsminister, 15.8.1942.

¹⁵⁰ Für Details, vgl. BArch R 5/21802.

¹⁵¹ BArch NL 318/2, Bl. 124, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1942, Dezember 1942. Zu Speers symbolischen Aktionismus in anderen Fällen, etwa bei Brandlöscharbeiten, vgl. z.B. BArch NL 318/3, Bl. 98, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1943 (Jan.-Juni), Juni 1943.

„Kupferaktion“, worunter man die Mobilisierung und Substitution von kupfernen elektrischen Hoch- und Mittelspannungsleitungen verstand.¹⁵² Im Unterschied zu den bisherigen Mobilisierungsmaßnahmen unterstand die Kupferaktion nicht mittelbar dem RWM, sondern Albert Speer, so dass sie oftmals in Behördenschriftwechsel auch „Kupferaktion Speer“ genannt wurde: federführend bei Kupferaktion war der Generalinspektor für Wasser- und Energie.¹⁵³

Die Durchführung einer Mobilisierung von kupfernen Stromleitungen war keine neue Idee, und war auch nicht auf Speer zurückzuführen – erste Überlegungen hatte es bereits vor Speers Amtsantritt gegeben, und es war ebenfalls eine Maßnahme, die man bereits im Ersten Weltkrieg getätigt hatte.¹⁵⁴ Bereits seit der „Machtergreifung“ waren aus Gründen der Devisenersparnis neue Stromleitungen in Deutschland fast ausschließlich aus Aluminium gefertigt worden, und man war sich darüber klar, dass bei den vorhandenen Kupferkabeln ein hohes Mobilisierungspotential bestand.¹⁵⁵ Daher ist anzunehmen, dass diese Maßnahme von Zimmermann bereits Anfang 1940 unter den zu einem späteren Zeitpunkt, weil infolge der notwendigen Ersatzstellung sehr kostspieligen, durchzuführenden Mobilisierungsmaßnahmen subsumiert worden war. Auch hatte das RWM Anfang 1942 den Plan aufgestellt, durch den Austausch von Kupferfreileitungen mit Aluminiumkabeln 40.000 to Kupfer zu mobilisieren.¹⁵⁶ Klar ist aber auch, dass erst nach Speers Amtsantritt die durchzuführende Kupferaktion rasch Gestalt annahm und gegenüber den ursprünglichen Plänen des RWM massiv ausgeweitet wurde. Eine von Hitler bis 1. Mai verlangte Schätzung der auf diese Weise mobilisierbaren Kupfermenge ergab alleine für Starkstromleitungen 157.000 to¹⁵⁷ – was etwa acht Monate des deutschen Kupferverbrauchs zu diesem Zeitpunkt hätte decken können. Kurze Zeit später willigte Hitler in die Durchführung der Kupferaktion ein, für die Speer eine monatliche Mindestmenge von 3.500 to bestimmt hatte, womit etwa

¹⁵² BArch R 2/21593, Reichswirtschaftsminister an Reichsminister der Finanzen, Betr. Metallmobilisierung, 10.10.1942; Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 478f.

¹⁵³ Dazu und zu weiteren Details BArch R 3/4020, Bl. 177-181a, Anlage 3 zum Erlass Amt Bau/OT (Kupferaktion), 27.6.1942; BArch R 3101/20343, Generalinspektor für Wasser und Energie, Zusammenstellung der bei Einleitung der Kupferaktion getroffenen Maßnahmen, 17.12.1942; BArch 121/1397, Der Rüstungsminister, Der Reichswirtschaftsminister, Bestätigung, 23.6.1943; BArch 3/385a, Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an OT-Einsatzgruppen, 21.8.1944;

¹⁵⁴ BArch RW 19/343, Wochenbericht, 5.-10.1.1942; BArch R 3101/205090, Der Reichskanzler an den Magistrat zu Treuenbrietzen, 17.4.1918.

¹⁵⁵ Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, 3. Jg, Januar 1939, S. 66; Johannes Stoye, Die geschlossene deutsche Volkswirtschaft. Geopolitik-Autarkie-Vierjahresplan, Leipzig 1937, S. 83.

¹⁵⁶ BArch R 3112/100, Mobilisierung von Kupfer und Einsparung von Kupfer durch Aluminium, 27.2.1942.

¹⁵⁷ Boelcke, Deutschlands Rüstung, S. 90; BArch RW 19/343, Bl. 232, Wochenbericht des Rohstoffamtes, 4.-9.5.1942.

20% des deutschen Monatsverbrauchs abgedeckt werden konnten.¹⁵⁸ Insgesamt sollte die Kupferaktion 120.000 to erbringen, und somit etwa drei Jahre andauern, wobei man alleine für die Demontage und Montagearbeiten monatlich 12.-14.000 Arbeiter brauchte, die durch die Energieversorgungsunternehmen, die Organisation Todt (OT) und die Wehrmacht gestellt wurden, wobei auch Strafgefangene eingesetzt wurden.¹⁵⁹ Die Kabelzerlegung erfolgte in spezialisierten Betrieben, darunter auch das Konzentrationslager Oranienburg. Die wirtschaftliche und finanzielle Abwicklung, etwa die Kupferentschädigungszahlungen und die Beschaffung des Ersatzes, übernahm die im Mai 1942 zur Durchführung wirtschaftlicher Sonderaufgaben im Aufgabenbereich des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition gegründete Rüstungskontor GmbH.¹⁶⁰

Hinsichtlich des Mobilisierungsaufkommens war die Kupferaktion, die am 1. August 1942 im Generalgouvernement, im Protektorat und im Reich begann, zweifellos ein Erfolg. In Deutschland wurden in den kommenden zwei Jahren etwa 60.000 to mobilisiert.¹⁶¹ Im ersten Jahr wurde die von Speer festgelegte Vorgabe deutlich über-, im folgenden Jahr unterschritten.¹⁶² Das lag daran, dass zunächst die weniger arbeitsintensiven Freileitungen, und erst dann die arbeitsintensiveren Ortsnetze mobilisiert wurden, und sich zugleich der Arbeitskräftemangel seit 1944 stärker bemerkbar machte. Der große quantitative Erfolg – das dadurch mobilisierte Kupfer deckte etwa vier Monaten des Durchschnittsverbrauchs in dieser Zeit – wurde allerdings durch gewaltige volkswirtschaftliche Kosten erkauft, die mehr als

¹⁵⁸ BArch R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an die Leiter der Planungsgebiete, 12.5.1942; Boelcke, Deutschlands Rüstung, S. 107. Ab Herbst 1943 wurde die Kupferaktion auch auf die Erfassung auf Akkumulatoren-Altblei ausgedehnt. BArch R 3/4020, Bl. 503-506, Der Generalinspektor für Wasser und Energie, 14.10.1943.

¹⁵⁹ BArch R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an die Leiter der Planungsgebiete, 12.5.1942; BArch R 121/234, Aktenvermerk, Kupferaktion; BArch R 3/4020, Bl. 16, Aufstellung über die Bewegung des Arbeitseinsatzes bei der Kupferaktion, Stand am 30. Juni 1943; Bl. 34, Reichsministerium Speer, Rüstungsausbau an das Arbeitseinsatzreferat, 8.9.1943; Bl. 503-506, Der Generalinspektor für Wasser und Energie, 14.10.1943.

¹⁶⁰ Dafür und zu Details, vgl. Schriftwechsel in BArch R 121/1894. Zu weiteren Aufgaben des Rüstungskontors, vgl. BArch 121/1397, Wirtschaftlicher Sonderdienst, 21.1.1943.

¹⁶¹ Das gesamte Mobilisierungsaufkommen bis Ende 1943 betrug 43.000 to (Vgl. BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944) Da im folgenden laut Quellenangaben die Zielvorgabe unterschritten wurde, wird unterstellt, dass im Jahr 1944 statt der geplanten 3500 moto nur noch etwa die Hälfte pro Monat mobilisiert wurde. Zur „Kupferaktion“ in Westeuropa, vgl. BArch 3/385a, Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an OT-Einsatzgruppen, 21.8.1944, BArch 121/1397, Schreiben Speers, 25.9.1942, Betr.: Kupferaktion; BArch R 3/4020, Bl. 139, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion an den OT-Einsatzgruppenleiter West, 14.7.1944.

¹⁶² Für das folgende vgl. Schriftwechsel in BArch R 3/4020.

dem zehnfachen des Vorkriegsweltmarktpreises für Kupfer entsprachen und somit diejenigen weit übertrafen, die bei den bisherigen Mobilisierungsmaßnahmen angefallen waren.¹⁶³

Die zweite wichtige Maßnahme zur Kupfermobilisierung betraf, wie erwähnt, die Mobilisierung kupferner Nachrichten Kabel. Sie unterstand dem RWM und erbrachte in etwa zwei Fünftel des Aufkommens der Kupferaktion, wobei allerdings die Gewinnungskosten pro Tonne Kupfer um etwa 75% niedriger waren.¹⁶⁴ Durchgeführt wurde diese Maßnahme von General der Nachrichtentruppen Erich Fellgiebel, der seit 1938 Generalbevollmächtigter für technische Nachrichtenmittel des Vierjahresplans war.¹⁶⁵ Ebenso wie bei der Kupferaktion war auch hier der Rüstungskontor für die finanzielle Abwicklung, etwa die Entschädigung für Kupfer, für das wie üblich der staatlich festgelegte Preis gezahlt wurde, beteiligt, und ebenso wie bei der Kupferaktion wurden auch bei der Fellgiebelaktion die OT für den Ausbau herangezogen und in den SS-Betrieben Deutsche Ausrüstungswerke GmbH und Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH Oranienburg beschäftigte KZ-Häftlinge bei der Zerlegung der Kabel eingesetzt.¹⁶⁶

Mit den zwischen Herbst 1941 und Sommer 1942 eingeleiteten Maßnahmen waren die wesentlichen Mobilisierungsquellen erschlossen. In der folgenden Zeit wurden lediglich noch bereits begonnene Maßnahmen beschleunigt durchgeführt.¹⁶⁷ Zudem wurden einige weitere, im Allgemeinen aber nur verhältnismäßig geringe Erträge nach sich ziehende Maßnahmen beschlossen, die im allgemeinen aufgrund der Ausbaurkosten und der normalerweise

¹⁶³ Eigene Berechnung auf der Grundlage der Angaben in BArch R 121/1305, Niederschrift über die 1. Beiratssitzung des Rüstungskontors am 15. Februar 1944.

¹⁶⁴ BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944; BArch R 3/1397, Rüstungsminister an Reichswirtschaftsminister, 23.6.1943; Müller Mobilisierung, S. 366; BArch R 2/21593, Voraussichtlicher Geldmittelbedarf für das Rechnungsjahr 1944/45. Die Kupfergewinnungskosten wurden aufgrund der Angaben der Fellgiebelaktion in Frankreich berechnet, die nur ein geringes Aufkommen hatte. BArch R 121/331, OKW an HÖNAFÜF, 20.4.1944. Für Informationen zur Fellgiebelaktion in Frankreich, vgl. BArch R 121/1052.

¹⁶⁵ Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich: der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 121. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944, in dessen Folge Fellgiebel verhaftet wurde, wurde diese Maßnahme im Behördenschriftverkehr nicht mehr wie vorher auch „Fellgiebelaktion“, sondern nur noch „Mangelmetallaktion“ genannt.

¹⁶⁶ Boelcke, Deutschlands Rüstung, 4. April 1942, S. 90; Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945: die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 332; BArch 121/601, Der Generalbevollmächtigte für technische Nachrichtenmittel an Fa. Mix, 23.10.1943; Reichsstelle Eisen und Metalle an Rüstungskontor GmbH, 19.7.1943.

¹⁶⁷ So etwa bei Schrittmobilisierung, indem etwa nur noch eine Tageszeitung in einem bestimmten Gebiet erscheinen durfte, oder bei der Glockenmobilisierung, indem die Abnahme, allerdings noch nicht Einschmelzung der C-Glocken eingeleitet wurde. BArch 4901/12288, RStMe an Reichsminister a.D. und Generalforstmeister von Keudell, 14.1.1944; Eichholtz, Geschichte, Bd. 2, S. 370.

notwendigen Ersatzbeschaffungen sehr kostspielig waren.¹⁶⁸ Ironischerweise erschloss die Bombardierung deutscher Städte neue Quellen für die Mobilisierung, etwa durch Stromkabel aus zerstörten Städten.¹⁶⁹ Ende Oktober 1944 wurden dann aufgrund von Arbeitskräftemangel die meisten laufenden Programme der Metallmobilisierung weitgehend eingestellt oder verschoben.¹⁷⁰

Die Metallmobilisierung im Zweiten Weltkrieg – eine Bewertung

Vergleicht man die Metallmobilisierung zwischen 1940 und 1944 mit ihrer Blaupause aus dem Ersten Weltkrieg, so zeigt sich, dass das im Zweiten Weltkrieg erzielte Metallaufkommen wesentlich größer war. Bei Kupfer wurde die doppelte, bei Zinn sogar mehr als die fünffache Menge mobilisiert.¹⁷¹ Ähnliches galt für einzelne Maßnahmen: wurden im Ersten Weltkrieg 67.500 Glocken abgenommen, von denen aber nur ein Teil auch verwertet wurde, war die entsprechende Anzahl im Zweiten Weltkrieg 102.500 Glocken, von denen der Großteil auch eingeschmolzen wurde.¹⁷² Dieses größere Aufkommen lässt sich u.a. damit erklären, dass man – anders als im Ersten Weltkrieg – nicht erst eine entsprechende Organisation zur Durchführung der Mobilisierung schaffen musste, sondern auf die bereits mit Bewirtschaftungsmaßnahmen betraute RStMe zurückgreifen konnte. Weiterhin hatten im Ersten Weltkrieg nicht genug Altmetallraffinationsanlagen und nur beschränkt das entsprechende technologische Wissen zu Lösung von Wiedergewinnungsproblemen zur Verfügung gestanden¹⁷³ – auch das ein markanter Unterschied zum Zweiten Weltkrieg. Bereits in den 1930er Jahren war die Altmaterialverwertung stark angestiegen, mit staatlicher Hilfe, in eine Erweiterung der entsprechenden Verarbeitungskapazitäten investiert und die entsprechende Forschung und Entwicklung von Recyclingtechnologien vorangetrieben worden. Weitere Gründe für das größere Aufkommen im Zweiten Weltkrieg lassen sich allerdings nicht direkt unter Lehren aus dem Ersten Weltkrieg subsumieren, sondern sind auf

¹⁶⁸ BArch 4901/12288, Der Konservator der Kunstdenkmäler an die Herren Denkmalpfleger, 11.3.1944; Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 64, 16. März 1944; BArch R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbahnen, Rundschreiben, 15.7.1943; BArch RW 19/102, Bl. 255, Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 55, Februar 1944.

¹⁶⁹ BArch R 121/1894, Generalinspektor für Wasser und Energie an die Leiter der Planungsgebiete, 1.2.1944; BArch 3/385a, Der Generalinspektor für Wasser und Energie, 4.9.1944.

¹⁷⁰ BArch 4901/12288, Der Konservator der Kunstdenkmäler an die Herren Denkmalpfleger, 23.10.1944; BArch R 36/2512, Reichsverkehrsgruppe Schienenbahnen, Rundschreiben, 30.11.1944.

¹⁷¹ Vgl. Tabelle 1; RH 61/695, Metallmobilisierung. Das Mobilisierungsaufkommen, relativ zu dem des Zweiten Weltkriegs, hatte allerdings bei Zinn eine ähnliche Größenordnung wie bei Kupfer, wenn man nicht die eingeschmolzenen, sondern die abgenommenen Glocken einbezieht.

¹⁷² BArch R 3101/4098, Bl. 212, Zur Frage der Wiederherstellung der Kirchenglocken, 20.8.1919; Freeman, European Church Bells, S. 450.

¹⁷³ Wiedenfeld, Organisation, S. 26.

spezielle, die Mobilisierung begünstigende Rahmenbedingungen in der NS-Diktatur zurückzuführen: erstens war der NS-Staat stärker zentralisiert, und kamen daher Partikularinteressen weniger zur Geltung (etwa was aus denkmalschützerischer Perspektive als erhaltenswert galt, was im Ersten Weltkrieg durch die Bundesstaaten bestimmt wurde), und zweitens war der repressive Charakter ungleich höher, wie die offene Missachtung etwa der impliziten Läuteglockenvorschrift im Ersten Weltkrieg zeigt, als oft nicht die kleinste, sondern die größte Glocke als Läuteglocke eingestuft wurde.¹⁷⁴

Auch was den Rückhalt in der Bevölkerung anbelangt, hatte man versucht aus dem Ersten Weltkrieg zu lernen. So appellierte man bei der Metallspende – in vielen Fällen wohl erfolgreich – an die Opferbereitschaft der Bevölkerung. Gleichermaßen versuchte man Maßnahmen, die politisch heikel waren – etwa die Glockenabnahme – solange wie möglich hinauszuzögern. Erst das Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion führte bei der Glockenfrage zu einem Umdenken. Doch der Zeitpunkt dieses Umdenkens taugt nicht als Beleg für die von Vertretern der Blitzkriegswirtschaftshypothese behauptete Schonung der Bevölkerung in der ersten Kriegshälfte im Vergleich zu den späteren Jahren. Denn auch in der zweiten Kriegshälfte vermieden die Behörden eine zwar immer wieder diskutierte, nie aber in Anspruch genommene allgemeine Zwangssammlung bei privaten Haushalten, obwohl diese, wie bereits erwähnt, nach Schätzungen der Behörden eine beträchtliche Menge aufgebracht hätte, und – gemessen an den kriegswirtschaftlichen Opportunitätskosten – sicher wesentlich günstiger für die deutsche Volkswirtschaft gewesen wäre als die meisten in der zweiten Kriegshälfte durchgeführten Mobilisierungsmaßnahmen, die zeitaufwendige Demontage-, Montage- und Zerlegungsarbeiten erforderten. Dasselbe galt für den Verzicht auf die Abnahme der Läuteglocken zugunsten der kostspieligen Mobilisierung der zinnernen Bierleitungen. Solange es Alternativen gab, war also die Rücksichtnahme auf die Bevölkerung ein wesentlicher Faktor, der das für und wider im Vorfeld der Entscheidung für eine bestimmte Mobilisierungsmaßnahme maßgeblich beeinflusste. Dazu zählte nicht nur, unpopuläre Maßnahmen hinauszuzögern, sondern, falls eine Ersatzgestellung notwendig war, darauf zu achten, dass diese auch ausreichend und rechtzeitig vorhanden war. Auch wurden Maßnahmen, wie die Denkmalmobilisierung, vorgezogen, deren Ertrag unbedeutend waren, von denen man aber glaubte, sie könnten die Akzeptanz notwendiger, aber unpopulärer

¹⁷⁴ Vgl. BArch R 3101/4098, Bl. 20-30, Sitzung der Metallmachungsstelle am 22. Januar 1918; Bl. 65, Nachtrag zur Anweisung an die Kommunalverbände zu der Bekanntmachung Nr. M 1/1.17 K.R.A. vom 1. März 1917; Bl. 76, Der Minister für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten an Oberpräsidenten, Kiel, 31.3.1918.

Maßnahmen erhöhen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die NS-Führung sowohl in der ersten als auch in der zweiten Kriegshälfte die Auswirkungen auf die Bevölkerungsstimmung in ihre Mobilisierungsentscheidungen miteinbezog, was generelle Interpretationen zur Rolle der Stimmung für Entscheidungen der NS-Führung, insbesondere Hitlers, im Krieg bestätigt.¹⁷⁵ Es gab also bei der Metallmobilisierung durchgängig einen Primat der Politik und keinen Primat der Wirtschaftlichkeit. Das heißt natürlich nicht, dass letzterer Gesichtspunkt gar keine Rolle gespielt hätte. Unter den verbliebenen, politisch als durchführbar erachteten Maßnahmen wurden üblicherweise diejenigen zunächst in Angriff genommen, die, gemessen an dem Aufwand für Ersatzbeschaffung und Montagekosten, am günstigsten waren. Vergleicht man diese auch explizit formulierten Leitlinien mit der Abfolge der Mobilisierungsmaßnahmen im Ersten Weltkrieg, so hat es entsprechendes damals nicht gegeben. Zwar galt auch im Ersten Weltkrieg als Anhaltspunkt für Reihenfolge der durchzuführenden Maßnahmen die Frage, ob Ersatz notwendig war oder nicht; von diesem Prinzip wurde aber oft abgegangen, je nachdem „welche Mengen in raschster Zeit und leicht erfassbar waren“, wobei, wie bereits erwähnt, dies auch dann erfolgte, wenn der notwendige Ersatz nicht bereit stand.¹⁷⁶ Mit anderen Worten, im Ersten Weltkrieg dominierten Schnelligkeitsgründe politische und kriegswirtschaftliche Opportunitätskosten.

Wenden wir uns zuletzt der Frage nach der Bedeutung Speers für den quantitativen Erfolg der Metallmobilisierung zu. Zweifellos war die Metallmobilisierung nach Speers Amtsantritt erfolgreich, unabhängig davon ob man sie mit dem Aufkommen in der ersten Kriegshälfte oder aber ihr Ist- mit dem Soll-Aufkommen – jedenfalls vor Sommer 1944 – vergleicht.¹⁷⁷ Allerdings profitierte Speer, ebenso wie in anderen Bereichen der Kriegswirtschaft, von Vorarbeiten aus der ersten Kriegshälfte. Erstens beruht die Steigerung des Metallaufkommens 1942 weitgehend auf Entscheidungen, die vor Speers Amtsantritt getroffen worden waren, einmal abgesehen davon, dass – bis auf die Kupferaktion Speer – der neue Rüstungsminister ohnehin erst ab Mitte 1943 de jure die Weisungsbefugnis für die Metallmobilisierung erhielt, also nachdem die Rohstoffproduktion vom RWM zum Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übertragen worden war. Zweitens beruhten fast alle Maßnahmen, die nach

¹⁷⁵ Vgl. etwa Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 390, 494, 504.

¹⁷⁶ Joseph Koeth, *Rohstoffbewirtschaftung*, in: Gerhard Anschütz et al. (Hrsg.), *Handbuch der Politik*, 3. Aufl. Band 2: *Der Weltkrieg*. Berlin u. Leipzig, 1920, S. 224-235, hier S. 230.

¹⁷⁷ Sowohl bei Kupfer als auch Blei wurden etwa 1943 die Sollzahlen deutlich übertroffen. Jonas Scherner, *Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944* (Dokumentation), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 55, 2007, S. 499-546, hier S. 521.

Speers Amtsantritt beschlossen worden sind, auf Plänen, die in der ersten Kriegshälfte erstellt worden waren, oder stellten wie die Beschlagnahmung der Metallbestände bei Unternehmen eine Fortführung von bereits existierenden Maßnahmen dar.

Allerdings ist auch klar, dass diejenige Maßnahme, deren quantitative Zielsetzung durch Speer gegenüber den ursprünglichen Plänen des RWM erheblich erweitert wurde, nämlich die Kupferaktion, etwa zwei Drittel des in den beiden letzten Kriegsjahren mobilisierten Kupfers ausmachte. Kriegswirtschaftlich betrachtet war jedoch die Durchführung der Kupferaktion, die ja erst im Spätjahr 1942 begann, ebenso wie die Fortsetzung anderer Kupfer- und Zinnmobilisierungsmaßnahmen seit 1943, fragwürdig. Deutschland hätte mit den Anfang 1943 vorhandenen Kupfervorräten, die um fast 50% höher waren als bei Kriegsausbruch, und unter Einbeziehung des normalen deutschen Metallaufkommens aus Bergbau und dem „normalen“ Recycling von Alt- und Abfallmetall auch ohne Mobilisierung noch 37 Monate seinen erwarteten Verbrauch decken können, selbst wenn man in einem ungünstigen Szenario unterstellt, dass es nach 1943 zu keinen Importen gekommen wäre.¹⁷⁸ Damit hatte sich die Ausgangslage hinsichtlich der Deckungsdauer gegenüber dem Vorjahr um 70% bzw. 15 Monate verbessert. Bei Zinn war die Situation ähnlich – dort waren die Vorräte Anfang 1943 sogar mehr als doppelt so hoch wie zu Kriegsbeginn und hätte unter den gleichen Annahmen wie bei Kupfer für 45 Monate der Verbrauch gedeckt werden können. Und aus der Perspektive Anfang 1944 hätte man, selbst wenn man in einer Art Extremszenario für die Zeit ab 1945 unterstellt, dass es zu gar keinen inländischen Zugängen gekommen wäre, noch 34 Monate (Kupfer) bzw. 30 Monate (Zinn) des erwarteten Verbrauchs decken können – auch ohne dass im Jahr 1944 die Metallmobilisierung fortgesetzt worden wäre.

Insgesamt kam es zwischen Anfang 1943 und Sommer 1944 zu einer massiven Erhöhung der Vorräte an Zinn und Kupfer, was etwa zur Hälfte auf das Aufkommen aus den laufenden Mobilisierungsmaßnahmen im Reich zurückzuführen ist.¹⁷⁹ Diese Mobilisierung band viele Arbeitskräfte, und dies in einer Kriegswirtschaft, in der Arbeitskraft *der* Knappheitsfaktor war. Alleine bei der Kupferaktion waren im Jahresdurchschnitt über 35.000 Mann für die

¹⁷⁸ Die folgenden Berechnungen beruhen auf den Angaben zu den erwarteten Zugängen sowie Verbrauch (BArch R 3/1868, Bl. 8, 17, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943), zu Beständen zum jeweiligen Jahresanfang (BArch R 3/1797, Statistische Schnellberichte zur Kriegsproduktion), und zu den Mobilisierungssollzahlen (BArch R 3/1957, Bl. 95, 8. Wochenbericht des Planungsamtes, 23.2.1944).

¹⁷⁹ Ein weiterer wesentlicher Faktor für das rasche Anwachsen der Vorräte waren die seit 1942 forcierte Substitutionsmaßnahmen, die sich auch darin äußerten, dass die Unternehmen ihre zugeteilten Kontingente nicht voll verbrauchten. Vgl. die jeweiligen Angaben in BArch R 3/576.

Montage, Demontage und Ersatzstoffproduktion beschäftigt – fast genauso viele wie im Herbst 1943 im gesamten Reichsgebiet im Luftschutzbau eingesetzt wurden.¹⁸⁰

Warum aber kam es dann seit 1943 zu dieser – wie es scheint – Übermobilisierung, von der Hitler sicher gewusst haben dürfte?¹⁸¹ Der entscheidende Grund dafür dürfte sein, dass seit 1943 Deutschland die militärische Initiative verloren hatte, wie der Führungsspitze des Regimes auch klar war.¹⁸² Speer, für den das Jahr 1942 von entscheidender Bedeutung für einen etwaigen Sieg im Osten war, war nach eigenem Bekunden Anfang 1943 aufgrund der militärischen Entwicklung die strategische Perspektive abhandeln gekommen, wie Deutschland als aktiver Part den Krieg siegreich zu Ende führen könnte.¹⁸³ Speer glaubte, dass von nun an die einzige Chance für Deutschland sei, auf Fehler der gegnerische Seite zu warten.¹⁸⁴ Ähnlich äußerte sich der Chef des Wehrmachtführungsstabs, Alfred Jodl im November 1943 vor den Gauleitern in München, als er hervorhob, dass Deutschland im Osten nicht mehr in der Lage sei, offensive Operationen durchzuführen, die Initiative auf den Gegner übergegangen sei, und es nun, da unklar sei, wie der Krieg weiterginge, es auf „Ausdauer“ ankäme.¹⁸⁵ Kriegswirtschaftlich bedeutete dies aber, dass man sich letztendlich darauf einstellen musste, den Abnutzungskrieg möglichst lange durchzuhalten, weil ja nicht klar war, wann dieser Fehler begangen werden würde. Man wollte anscheinend, wie die obigen Berechnungen nahelegen, zum Zeitpunkt des Eintretens des erhofften Fehlers in der Lage sein, möglichst viele Arbeitskräfte anderweitig als für die Rohstoffproduktion zu verwenden. Dieses Kalkül wiederum macht verständlich, warum man bewusst die Vorräte erhöhte, obwohl auch unter extrem ungünstigen Szenarien der Verbrauch für Jahre gedeckt war. Dazu passt, dass der Zeithorizont der Metallbewirtschaftungspläne ab 1943 mit 3 ½ bis 4

¹⁸⁰ Scherner, Bericht, S. 525. Die Beschäftigtenzahl bei der Kupferaktion wurde auf der Grundlage der Angaben zu dem Kupferaufkommen, der Ausgaben für diese Maßnahme, und der Annahme, dass ein Arbeiter pro Jahr 2400 RM kostet, geschätzt.

¹⁸¹ Hitler bekam regelmäßig die Statistischen Schnellberichte, anhand derer sich die Entwicklung von Verbrauch, Zugang und Bestand von Rohstoffen verfolgen ließ, vorgelegt (Rainer Fremdling, Zur Bedeutung nationalsozialistischer Statistiken und Statistiker nach dem Krieg. Rolf Wagenführ und der United States Strategic Bombing Survey (USSBS), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2016, 57, 2, S. 589–613, hier S. 595) und wurde von Speer wiederholt über die Mobilisierungsmaßnahmen informiert (BArch NL 318/3, R. Wolters, Chronik der Speerdienststellen, 1943 (Jan. –Juni), Bl. 34, März 1943; Bl. 46, April 1943).

¹⁸² Vgl. etwa Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015, S. 932.

¹⁸³ Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im Totalen Krieg, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, Stuttgart 1999, S. 275-776, hier S. 276f.

¹⁸⁴ Ulrich Schlie, Albert Speer. Die Kronsberg-Protokolle 1945, München 2003, S. 434f.

¹⁸⁵ International Military Tribunal, Bd. 37, Nürnberg 1949, 177-L, Rede Jodls vor den Gauleitern in München, 7. November 1943, S. 641, 666, 668.

Jahren um etwa 1 bis 1 ½ Jahren länger war, als dies zwischen Kriegsbeginn und nachweislich Mitte 1942 der Fall war.¹⁸⁶

Insgesamt folgt aus diesen Überlegungen, dass der größere Ertrag der Metallmobilisierung in der zweiten Kriegshälfte, verglichen mit der Zeit vor Speers Amtsantritt, weniger als ein Beleg für ein effizienteres Management der Kriegswirtschaft interpretiert werden sollte, sondern vielmehr als ein Indikator für die strategische Ratlosigkeit und den Verlust der militärischen Initiative Deutschlands. Interessanterweise stellt die beschriebene Ausweitung des Planungshorizontes bei der Metallbewirtschaftung im Zweiten Weltkrieg eine Wiederholung dessen dar, was im Ersten Weltkrieg passiert war. In der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs war dieser auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung von 3 auf 5 Jahre ausgedehnt worden, da nicht klar war, wann der Krieg beendet werden könnte.¹⁸⁷ Und auch damals hätte Deutschland bei Kriegsende aus eigener Kraft noch für viele Jahre Krieg führen können, was die Nichteisenmetallversorgung angeht – bei Kupfer etwa bis 1922.¹⁸⁸ Aus dieser Wiederholung wiederum folgt, dass es beim NS-Regime, welches durchaus bei konkreten Maßnahmen der Metallmobilisierung, wie hier gezeigt, in vielerlei Hinsicht aus der Blaupause gelernt hat, eben doch zu einem Lernversagen gekommen ist, indem es das Reich in einen Mehrfrontenkrieg gegen eine überlegene Koalition führte.¹⁸⁹

¹⁸⁶ BArch RW 19/336, Wochenbericht 5.-10.2.1940; BArch RW 19/2336, Bl. 5-13, Rüstungsamt, Voraussichtliche Deckungsmöglichkeiten, Stand 1.6.1942; BArch R 3/1868, Bl. 3f, Reichswirtschaftsministerium-Metallreferat, Entwicklung der deutschen Metallversorgung seit Kriegsbeginn und Vorschau bis zum Jahre 1946, Juli 1943.

¹⁸⁷ Koeth, Rohstoffbewirtschaftung, S. 232.

¹⁸⁸ Jonas Scherner, Metallpolitik im Ersten Weltkrieg, in: Marcel Boldorf (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg (in Vorbereitung).

¹⁸⁹ Zu diesem Lernversagen, vgl. auch Priemel, Lernversagen, S. 321.